Nr. 260 — Jahrgang 12 Einzelnummer 0,20 Zl. Sonnabend, den 12. November 1927

Volkswille

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 11. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto: P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Neue Linien im Osten

Der lettisch-russische Handelsvertrag.

Von Bruno Kalnin (Riga).

Die baltischen Staaten — Lettland, Estland und Litauen — sind seit Jahren außenpolitisch in einer schweren und komplizierten Situation. Einerseits sind diese Republiken bestrebt, alles zu tun, was zur Stärkung und Befestigung der staatlichen Unabhängigkeit beitragen könnte. In dieser Hinsicht hat man immer Angriffsabsichten Rußlands befürchtet. Anderseits aber mußte man den wirtschaftlichen Interessen der Länder Rechnung tragen. Diese forderten aber Erneuerung engen wirtschaftlichen Verkehrs mit Rußland.

Die baltischen Staaten, besonders aber Lettland, sind früher Industriegebiete und Hafenplätze Rußlands gewesen. Auch jetzt ist eine gedeihliche Weiterentwicklung nur möglich, indem man die Industrieproduktion an den russischen Markt anpaßt und die Verkehrsmittel und Häfen dem russischen Durchgangsverkehr zur Verfügung stellt.

Die bisherigen bürgerlichen Regierungen haben nicht diese, den Interessen ihrer Länder angepaßte Außenpolitik zu führen vermocht. Sie haben niemals Vertrauen zur Sowjetunion gehabt. Im Gegenteil, sie versuchten, sich so weit als möglich von engeren wirtschaftlichen Verbindungen mit ihrem großen Nachbar im Osten fernzuhalten. Die bürgerlichen Parteien haben sich stets auf die Westmächte und ihre ökonomische und politische Hilfe zu stützen versucht. Daher der Einfluß Englands, daher die polnische Orientierung. Die Politik der Sozialdemokratie Lettlands, als der größten sozialistischen Arbeiterpartei der baltischen Republiken, war immer bestrebt, eine neue außenpolitische Richtung einzuschlagen. Sie hat seit Jahren für die Herstellung enger wirtschaftlicher Beziehungen mit Rußland gekämpft. Sie ist weiter für freundschaftlichen politischen Verkehr als die beste Bürgschaft des Friedens und der staatlichen Unabhängigkeit eingetreten. Die Sozialdemokratie ist sich immer dessen bewußt gewesen, daß die großen kapitalistischen Westmächte, mit England an der Spitze, den baltischen Staaten wenig geholfen, sie höchstens benützt haben. Die Sozialdemokratie hat sich daher auch über die Zukunft keinen Illusionen hingegeben.

Aus diesen Gründen war die lettische Sozialdemokratie stets gegen außenpolitische Verbindungen mit Staaten, die in einem Konflikt mit Rußland stehen oder in einen solchen geraten können. Sie wollte deshalb keine Annäherung an Polen und seine außenpolitischen Ziele. Sie wollte auch nicht ein Vorposten der aggressiven Politik des britischen Reiches an der Ostsee sein.

Die erste Bresche in die traditionelle Politik des Bürgertums der baltischen Staaten legte die Linksregierung Litauens, die im Dezember 1926 von den jetzigen Gewalthabern gestürzt wurde. Diese Regierung (unter Mitwirkung von Sozialdemokraten) schloß im Herbst 1926 einen Freundschafts- und Nichtangriffsvertrag mit Rußland ab, der später vom Sejm ratifiziert wurde.

Einen weiteren Schritt hat nun die sozialistisch-demokratische Regierung Lettlands gemacht. Schon im Frühjahr 1927 wurde in Riga ein Garantie- und Nichtangriffspakt aufgesetzt. Im Juni wurde in Moskau der lettisch-russische Handelsvertrag abgeschlossen. Vor einigen Tagen ist dieser Vertrag nach harten Kämpfen gegen die bürgerlichen Parteien vom lettländischen Parlament ratifiziert worden.

Was ist der Inhalt dieses heißumstrittenen Vertrages? Die lettländische Industrie erhält jährliche Bestellungen für 40 Millionen Schweizer Franken. Bisher machte der Export nach Rußland nur 10 Millionen Franken aus. Der Transitverkehr durch Lettland, der 180 000 Tonnen umfaßte, wird jetzt auf 200 000 Tonnen und jedes folgende Jahr um weitere zehn Prozent vergrößert. Beide vertragschließenden Länder setzen ihre Zolltarife für einige Waren ihres gegenseitigen Exports herab.

Der Ratifizierung des Handelsvertrages folgte der Abschluß einer staatlichen Vereinbarung über den Flachshandel. Rußland und Lettland sind die Hauptproduzenten des Flachses auf dem Weltmarkt. Sie haben nun die gegenseitige Konkurrenz ausgeschlossen und eine gemeinsame lettisch-russische Flachshandelsgesellschaft mit dem Sitze in Riga gegründet. Die Regelung des Flachsverkaufes wird künftig nur durch diese gemischte Gesellschaft geschehen. Schließlich wurde noch eine Konvention über die schiedsgerichtliche Schlichtung von Handelskonflikten und ein Uebereinkommen über Rechtshilfe in Zivilsachen abgeschlossen.

Diese Verträge und die Verständigungspolitik gegenüber Rußland haben nicht nur die lettischen bürgerlichen Parteien aufgebracht. Große Mißstimmung herrscht auch in Estland, welches mit Lettland durch wirtschaftliche, politische und militärische Verträge verbunden ist. Die bürgerliche Regierung Estlands, die nach dem Abschluß der Völkerbunddarlehen unter starkem Einfluß Englands steht, und seit dem Kommunistenputsch im Jahre 1924 stark polnisch orientiert ist, hat durch verschiedene Deklarationen ihres Auswärtigen Amtes und durch eine systematische Hetzkampagne der bürgerlichen Presse gegen die Verträge gearbeitet. Auch andere auswärtige Einflüsse waren zu spüren. Mit der neuen auswärtigen Politik Lettlands sind auch die Diplomaten Englands und Polens nicht zufrieden, was recht deutlich in der konservativen und nationalistischen Presse dieser Länder zum Ausdruck kam.

Der sozialdemokratische Außenminister Lettlands, Genosse Zeelens, aber hat trotzdem die selbständige Politik Lettlands zum Wohle der arbeitenden Massen seines Landes und zur Stärkung des Friedens im Osten zum Ziele geführt. Er hat trotz aller auswärtigen Einflüsse die Ausgleichspolitik mit Rußland durchgesetzt, welche einem baltischen Staate mehr Friedensgarantie bringt als so manche schöne Rede der Großmachtvertreter in Genf!

Es ist seit Versailles das erstemal, daß eine der neuen Republiken sich von der Vormundschaft der kapitalistischen Großmächte befreit und eine eigene Außenpolitik gewagt hat. Die lettisch-russischen Verträge schaffen eine neue Situation zwischen Lettland und Rußland und geben reiche Möglichkeiten zur weiteren friedlichen Entwicklung der östlichen Probleme. Hierin liegt die internationale Bedeutung der Verträge, die besonders vom Standpunkt einer sozialistischen Verständigungspolitik sehr zu begrüßen sind.

Der französisch-jugoslawische Vertrag

Der Inhalt des Vertrages — Italienische Opposition Englische Bedenken

Paris. Der Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrag zwischen Jugoslawien und Frankreich, der Freitag in Paris unterzeichnet wurde, besteht aus einem Garantie- und einem Schiedsgerichtsabkommen. Der zur Unterzeichnung kommende Vertrag wurde in den Jahren 1921 und 1925 ausgearbeitet und 1926 im März in Genf paraphiert. Seit dieser Zeit ist an den beiden nun zur Unterzeichnung kommenden Dokumenten kein Wort geändert worden. Der wichtigste Artikel des Freundschaftsvertrages hat folgenden Inhalt: Wenn trotz ihrer aufrichtigen Friedensliebe die französische oder die jugoslawische Regierung ohne Provokation ihrerseits angegriffen werden sollten, so werden sich beide Regierungen ohne Zeitverlust über ihre gegenseitigen Absichten verständigen, um ihre gerechten nationalen Interessen im Rahmen des Völkerbundes zu verteidigen und die Aufrechterhaltung des durch die Friedensverträge festgelegten Status zu sichern. Den beiden oben erwähnten Verträgen wird ein Protokoll hinzugefügt werden. In diesem Protokoll ist wiederum von Angriffen die Rede, denen Frankreich oder Jugoslawien ohne Provokation durch eine dritte Macht ausgesetzt sein könnten, doch geht das Protokoll über den Vertrag noch insofern hinaus, als es die gegenseitige Hilfe und Unterstützung im Rahmen des Völkerbundsstatuts hervorhebt, die beiden Staaten sich im Falle eines Angriffes leisten sollen. In jugoslawischen und französischen Kreisen betont man, daß der Vertrag gegen keine dritte Macht gerichtet ist. Der Vertrag enthalte nichts neues und lege gegenseitige Verpflichtungen zwischen beiden Staaten fest, die vor dem Beginn des Weltkrieges bestanden. In diplomatischen jugoslawischen Kreisen erinnert man, daß die Angriffe eines Teils der deutschen Presse überrascht hätten, da der Vertrag keinerlei Bezug auf die Beziehungen der beiden Staaten hätte, ja weder zu Deutschland, als zu irgendeinem anderen Staat.

Englische Bedenken

Berlin. Wie die Abendblätter aus London melden, erklärt der „Daily Telegraph“ zu dem bevorstehenden Abschluß des französisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrages, daß dieser mit den Grundsätzen des Völkerbundsstatuts nicht übereinstimme. Der Vertrag sei gegen Italien gerichtet. Für die weitere Zukunft geschehen, enthalte der Artikel drei des Vertrages, eine dem Völkerbund vorgreifende Abmachung, nach der die mögliche Vereinigung Österreichs mit Deutschland verhindert werden soll. Eine Annäherung Italiens an Ungarn und Bulgarien sei nunmehr unvermeidlich. Auch die Möglichkeit bestände, daß durch den Vertrag eine italienisch-deutsche Annäherung zustande kommen werde.

Italienische Pressestimmen

Mailand. Der „Popolo Italia“ beschäftigt sich mit dem zwischen Frankreich und Jugoslawien zustande gekommenen Garantievertrag. Wer ein gutes Gedächtnis habe, schreibt das Blatt, werde sich daran erinnern, daß, während Jugoslawien die Ratifizierung der Abkommen von Nettuno mit Italien verweigerte und Albanien bedrohte, französische Dampfer von Marseille und Toulon Geschütze, Gewehre und Munition, sowie Flugzeuge nach Cattaro, Ragusa, Sebenico, Spalato und Susac brachten. Der Sinn für Wirklichkeit ging in Italien zur Beachtung eines Tatbestandes, für den es in keiner Weise verantwortlich sei. Was die Beziehungen Italiens zu Frankreich anbelange, so ist zu bemerken, daß Italien sich nicht mit Staaten verbündet habe, die durch Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze von Frankreich getrennt wären.

Das Oberhaus für eine starke englische Flotte

Nicht Abrüstung — sondern Ausbau der Kriegsflotte

London. Im Oberhaus fand Donnerstag eine Debatte über die Genfer Flottenabrüstungskonferenz statt, in deren Verlauf die Notwendigkeit einer starken britischen Flotte unterstrichen wurde. Lord Wemyß betonte, daß man erst durch Anwendung irgendeines allgemeinen Systems überhaupt erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen führen könnte. Trotzdem glaube er, daß unter gewissen Umständen die Kampfkraft Groß-Britanniens vermindert werden könne, ohne die Seeverbindung zu gefährden oder eine Offensivaktion unmöglich zu machen.

Der Zivillord der Admiralität, Karl Stanhope, erwiderte, daß es für die Regierung unmöglich sei, sich von der Deklaration von Paris zurückzuziehen, solange man sich nicht zu der Theorie bekenne, daß ein Vertrag zu einer beliebigen Zeit von einem der Beteiligten aufgegeben werden könne. Eine solche Politik zu betreiben, wäre aber gefährlich. Lord Haldane stimmte dieser Auffassung des Vertreters der Admiralität zu. Er bezeichnet es als einen Fehler, nach Genf zu gehen, solange nicht ein vorläufiges Abkommen zu erreichen sei. Lord Balfour erklärte, daß zwei wichtige Gründe gegen die Annullierung der Deklaration von Paris beständen. Erstens würde das nicht im Interesse Groß-Britanniens liegen und zweitens sei es vom diplomatischen Standpunkt gesehen, vollkommen unmöglich.

Eine Dynamitfabrik in die Luft geflogen

Neuyork. In Bahia wurde eine Dynamitfabrik durch Explosion völlig zerstört, wobei neun Mann getötet und 60 verwundet wurden. Durch die Explosion wurde die ganze Stadt erschüttert.

Der Kampf um die Führung

Zu den deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin. In der Presse waren letzthin Meldungen verbreitet denen zufolge entweder Ministerialdirktor Posse, Staatssekretär a. D. Lewald oder Ministerialdirektor Ernst mit der Führung der deutschen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen betraut werden sollten. Wie die Telegraphen-Union von unterrichteter Seite erfährt, kommen nunmehr diese drei Herren für die genannte Stelle nicht mehr in Frage, und zwar, weil sie durch andere Verwendung zu stark in Anspruch genommen sind.

Die polnische Amerika-Anleihe

Warschau. Donnerstag Nacht erhielt die Bank Polski aus New York die Bestätigung, daß der Gegenwert der polnischen Amerika-Anleihe in Höhe von 60 Millionen Dollar der polnischen Regierung von Freitag ab zur Verfügung steht.

Um den Anlegehafen für polnische Kriegsschiffe in Danzig

Danzig. Nachdem die polnischen Ausführungen zur Frage des Anlagehafens für polnische Kriegsschiffe von dem Völkerbundskommissar van Hamel dem Danziger Senat kürzlich zur Stellungnahme übersandt worden ist, hat der Völkerbundskommissar jetzt auch seine Gegenbemerkungen vorgelegt und sich zu weiteren Verhandlungen bereit erklärt. Sollten die Verhandlungen bis 15. November kein Ergebnis zeitigen, so wird das gesamte Material dem beratenden Völkerbundsausschuß für Heeres-, Flotten- und Luftfahrtfragen überwiesen werden

Dr. Luther über Ostfragen

Danzig. Im Rahmen einer Wahlversammlung der Nationalliberalen Bürgerpartei Danzigs hielt Donnerstag Abend der frühere deutsche Reichskanzler Dr. Luther einen Vortrag über das Thema „Deutsche Schicksalsgemeinschaft". Dr. Luther vertrat die Auffassung, daß das Ostproblem eng mit dem Westen verbunden sei, obwohl auch er ein Ostlocarno für Deutschland als unmöglich bezeichnen müsse, da es überflüssig sei. Der Redner kam dann auf den von Polen immer wieder geforderten freien Zugang zum Meere zu sprechen und betonte, daß im Hintergrund dieser Forderung lediglich der Gedanke nach Vergrößerung des polnischen Staatsgebietes gestanden habe. Keinem Menschen sei es zum Beispiel eingefallen, das Rheinland als nicht lebensfähig zu bezeichnen, weil die Mündung des Rheines in Holland liege. Ebenso verhalte es sich auch mit der Weichsel. Im Laufe seiner weiteren Ausführungen erwähnte Dr. Luther noch einen Brief des ehemaligen Burendelegierten auf der Friedenskonferenz, Smuts, an Lloyd George. In diesem Briefe schreibt Smuts, Polen wäre durch den Friedensvertrag viel größer geworden, als es jemals während des Krieges beabsichtigt gewesen sei. Dies würden die Alliierten noch einmal bedauern. Zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen bemerkte der Redner, daß die Regelung der deutsch-polnischen Handelsbeziehungen ein außerordentlich schwieriges Problem sei, besonders der landwirtschaftlichen Verhältnisse wegen. Man wäre allerdings der Lösung dieses Problems heute schon näher, wenn auf der anderen Seite nicht so viel vorgekommen wäre, was eben nicht nachbarlich gewesen sei. Der Redner erinnerte hierbei besonders an das für Deutschland außerordentlich bedeutsame Niederlassungsrecht.

Chamberlain über den Weltfrieden

London. Sir Austen Chamberlain sandte an den internationalen Kongreß für „Guten Willen", der gestern in St. Louis eröffnet wurde, eine Botschaft, in der er erklärte, er hoffe, daß der Frieden der Welt durch die Arbeiten des Kongresses weiter gefördert werden möge. Die Regierungen seien heutzutage die Diener ihrer Völker in der auswärtigen Politik wie in den inneren Fragen. Der Fortschritt des Weltfriedens sei bereits beträchtlich. Der Dawesplan und die Locarnoverträge hätten ein neues Kapitel in der Geschichte Europas eröffnet. Deutschland sei wieder in der Gemeinschaft der Nationen erschienen und das Werk der Verständigung besonders unter den Großmächten mache rapide Fortschritte. Die Tatsache, daß die Völker den richtigen Weg beschritten hätten, berechtige zu großen Hoffnungen für die Zukunft.

De Brouckere über „Belgien und der Völkerbundsrat"

Paris. Auf Einladung der französischen Völkerbundsgesellschaft hielt Donnerstag das belgische Delegationsmitglied de Brouckere einen Vortrag über das Thema „Belgien und der Völkerbundsrat". Der Redner bezeichnete es als nützlich und im Interesse des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit liegend, wenn die kleinen Mächte einen immer größeren Einfluß auf die Tätigkeit des Völkerbundes hätten. Aus diesem Grunde sei auch im Jahre 1926 das Turnussystem für die Ratsmitglieder eingeführt worden. Er befürchte jedoch, daß durch eine mechanische Anwendung dieses System eingeschränkt werde und aus dem Rat gerade die Völker entfernt werden könnten, deren Anwesenheit dem Rate nützlich sei. Das Recht der Vollversammlung, einen bestimmten Staat in den Rat wieder zu wählen, müsse die Unzuträglichkeiten des Turnussystems korrigieren. Das Scheitern der Wiederwahl Belgiens in den Rat sei auf den Wunsch der Anhänger des Turnussystems zurückzuführen.

Bürgermeisterwahlen in England

London. Die gestern in über 300 Städten und Gemeinden abgehaltenen Bürgermeisterwahlen sind dadurch bemerkenswert, daß eine Anzahl von Frauen zu Mayors gewählt wurden. Liverpool ist die einzige Stadt in England, die einen weiblichen Lordmayor gewählt hat. Es ist dies Miß Margaret Beavan, die den größten Teil ihres bisherigen Lebens der Fürsorge für verkrüppelte Kinder gewidmet hat. Die Parteizugehörigkeit der gewählten Lordmayors und Mayors ist folgende: 165 Konservative, 90 Liberale, 35 Arbeiterpartei, 30 Unabhängige und zehn, deren politische Richtung unbekannt ist.

Russisch-japanische Annäherung

Russisches Angebot eines politischen Garantievertrages an Japan

Tokio. Die politischen Beziehungen zwischen Japan und Sowjet-Rußland haben sich in der letzten Zeit so gebessert, daß in unterrichteten Kreisen sehr bald eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten erwartet wird. Es heißt, daß diese Zusammenarbeit ihre entscheidende Wirkung auf die gesamte Politik des Fernen Ostens nicht verfehlen wird. Der erste Schritt zu dieser Annäherung ist auf wirtschaftlichem Gebiet, und zwar durch die Unterzeichnung eines russisch-japanischen Fischerei-Vertrages, bereits vollzogen worden. Danach hat Japan das Recht der Fischerei in den russischen Gewässern, das an japanische Privatunternehmungen auf der Basis der Ausschreibung vergeben werden wird. Die Sowjet-Regierung wird aus diesen Konzessionen eine jährliche Einnahme von ungefähr 60 Millionen Goldrubel erzielen. Bei der Bedeutung des Fischereigewerbes für die japanische Wirtschaft ist das Zustandekommen des Vertrages von grundlegender Bedeutung für die russisch-japanischen Beziehungen auf politischem Gebiet.

Die Sowjetregierung hat die Unterzeichnung des Vertrages sofort zu einer politischen Annäherung benutzt und nach Tokio, ähnlich wie nach Teheran, das Angebot eines politischen Garantievertrages gerichtet. Obwohl der japanische Minister offiziell zu dem russischen Vorschlag noch keine Stellung genommen hat, besteht nach der Stimmung in Japan über die Genfer Seeabrüstungs-Konferenz große Neigung für eine politische Zusammenarbeit mit Moskau. Trotzdem ist das japanische Kabinett so vorsichtig gewesen, noch keine Bindungen einzugehen, da das Mißtrauen gegen Rußlands Aufrichtigkeit sehr groß ist. Ohne ausreichende Garantien für ein ehrliches Innehalten des Vertrages wird Japan keinen Schritt tun, der es Rußland gegenüber politisch festlegt. Der wichtigste der japanischen Wünsche ist der nach Einstellung aller kommunistischen Propaganda im gesamten japanischen Herrschaftsbereich, namentlich aber in Korea. Ferner fordert es Zustimmung zu seinen Eisenbahnplänen in der Mandschurei und die Aufnahme direkter Beziehungen zur Regierung der Mongolei. Als wichtiges Entgegenkommen hat Japan der Sowjetregierung eine größere Anleihe der japanischen Privatbanken zugesagt.

Der Prozeß Manoilescu

Das Kriegsgericht erklärt sich für zuständig.

Bukarest. Vor dem Bukarester Kriegsgericht hat Donnerstag morgen der Prozeß gegen den früheren Staatssekretär Manoilescu begonnen. Als der Angeklagte in den Saal geführt wurde, wurde er von seinen Verteidigern durch Erheben von den Sitzen begrüßt. Nachdem der Präsident bekanntgegeben hatte, Manifestationen zu unterlassen, wurde die Zeugenliste der Verteidigung verlesen, die 37 Namen führender Politiker darunter des Prinzen Carol aufweist. Von den Zeugen sind jedoch nur wenige erschienen. Die Verteidigung wies darauf zunächst in längeren Ausführungen darauf hin, daß sie unbedingt darauf bestehen müsse, daß sämtliche Zeugen, mögen sie noch so hohe Stellen im Staate bekleiden, im Gerichtssaal erscheinen, da nur auf diese Weise eine Aufklärung des Falles Manoilescu möglich sei. Nachdem sich auch der Staatsanwalt den Ausführungen der Verteidigung angeschlossen hatte, erklärte der Vorsitzende, daß alle Zeugen vom Gericht nochmals geladen werden würden. Von der Verteidigung wurde darauf die Zuständigkeit des Kriegsgerichtes beanstandet, mit dem Hinweis darauf, daß der Belagerungszustand ungesetzlich sei. Nach einer Erklärung des Staatsanwaltes zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Nach etwa 40 Minuten teilte der Vorsitzende mit, daß das Gericht sich mit 3 gegen 2 Stimmen für zuständig erklärt habe. Daraufhin wurde die Sitzung vertagt.

Neue Verhaftungen in der ungarischen Fälscheraffäre

Paris. In der ungarischen Fälscheraffäre stehen weitere Verhaftungen bevor. Bankier Blumenstein, dessen Vermögen 15 Millionen Dollar beträgt, soll ein Opfer seines sprichwörtlich gewordenen Geizes geworden sein. Der Sohn des Bankiers und seine Tochter sind flüchtig und sollen sich in Budapest aufhalten. Die Pariser Polizei nimmt an, daß der sich angeblich in Berlin aufhaltende Bankier Bierbaum mit den drei festgenommenen Betrügern in Verbindung gestanden hat. Der soll als Vermittler zwischen Blumenstein und den ungarischen Kreisen, mit denen die Bande Verbindung unterhielt, gedient haben. Die Papiere sollen nicht direkt aus Ungarn nach Paris befördert worden sein, sondern längere Zeit in Berlin gelegen haben, wo der Helfershelfer Blumensteins ein Büro hatte.

Amerikas finanzieller Ratgeber in Nikaragua

London. Nach Meldungen aus New York hat die amerikanische Regierung den bisherigen finanziellen Ratgeber der Regierung in Haiti, Dr. Cumberland nach Nicaragua entsandt, um die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Landes eingehend zu prüfen.

Stillegungen im mitteldeutschen Braunkohlenrevier

Berlin. Der Deutsche Braunkohlenindustrieverein teilt mit: Durch den Schiedsspruch von 11,05 Prozent Lohnerhöhung sind weitere Kohlengruben zur Stillegung bezw. Betriebseinschränkungen gezwungen worden. Die Coswiger Braunkohlenwerke G. m. b. H. in Anhalt sehen sich veranlaßt, ihre Betriebe zum 12. November dieses Jahres ganz stillzulegen. Das Franz-Kohlenwerk in Gerlebogk hat seinen bisherigen Zwischenschichtenbetrieb in einen Einschichtbetrieb umgestellt. Ferner ist die Brikettfabrik stillgelegt worden.

Der Kampf gegen die Opposition in Sowjetrußland

Kowno. Nach einer Meldung aus Moskau hat der Vorstand der Moskauer Organisation der kommunistischen Partei beschlossen, das Zentralkomitee der Partei aufzufordern, Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Smilga und Radek sofort aus der Partei auszuschließen. Weiter ist beschlossen worden die Bilder der Oppositionsführer aus dem Gebäude der Parteiorganisation zu entfernen. Auch der Flugplatz Trotzki soll umgetauft werden.

Die letzten mexikanischen Rebellenführer

London. Nach Meldungen aus Mexiko City sind nunmehr sämtliche militärischen Führer der letzten revolutionären Bewegung bis auf General Almada und Medina gefangen genommen und hingerichtet worden. Die beiden letzteren werden in den Bergen von Verakruz verfolgt.

Verzögerung der Aussprache im memelländischen Landtag

Memel. Die für Donnerstag nachmittag 1 Uhr angesetzt gewesene Landtagssitzung, in der die mit größter Spannung erwartete Aussprache über die Verschleppung der Regierungsbildung durch den litauischen Gouverneur stattfinden sollte, fiel aus.

Amerika lehnt einen Völkerbunds-Beobachter ab

New York. Aus Genfer Meldungen, wonach die Ligakreise die Entsendung eines Beobachters zur Panamerikanischen Konferenz wünschen, erklärte das Washingtoner Staatsdepartement, daß ein derartiger Beobachter des Völkerbundes unerwünscht sei, da die panamerikanische Konferenz überhaupt nichts mit dem Völkerbund zu tun habe.

Die Mission des Dr. Fu-Mandschu

21)

Roman von Sax Rohmer.

Denby genas nur langsam, und selbst nach seiner Wiederherstellung konnte er uns weiter keine Aufklärungen geben, weil sein Gedächtnis ihn völlig im Stich ließ. Laut Gutachten ärztlicher Spezialisten war dieser Zustand die Folge nicht des Betäubungsschlages, sondern einer Injektion in die Nähe des ersten Rückenwirbels — ohne Zweifel verursacht durch eine kleine Spritze. Offenbar hatte der chinesische Doktor die Absicht gehabt, mittels der gleichen Methode das Vorhaben Elthams, nach Honan zurückzukehren, aus dessen Erinnern zu streichen. Die Art der Flüssigkeit, die solche Symptome der Geistestrübung hervorrief, blieb der abendländischen Wissenschaft ein Geheimnis — eines der vielen unergründbaren Geheimnisse Dr. Fu-Mandschus.

10. Kapitel.

Der Mordanschlag auf Sir Lionel Barton.

Eines Abends, kurz nach unserer Rückkehr aus Norfolk, fand ich in den Tagesblättern, die ich auf dem Heimweg gekauft, eine kleine, unscheinbare Notiz, die mit der Angelegenheit, der mein Freund und ich nachspürten, aufs engste zusammenhing. Im Laufe der letzten Tage war ich mit der Niederschrift der Anfangsabschnitte dieser meiner Erlebnisse beschäftigt gewesen und hatte mir klargemacht, wie es meinen Lesern in einer anheimelnden Umgebung äußerst schwer fallen müsse, einem menschlichen Wesen denjenigen Grad von Verworfenheit zuzutrauen, der notwendigerweise in dem raffinierten Anschlag gegen Sir Crichton Davey sich offenbarte.

Während ich noch hierüber nachdachte, fiel mein Blick auf die folgende Anzeige: „Honan. Besuch aufgegeben — Eltham."

Eben wollte ich das vielsagende Inserat meinem Manuskript einverleiben, als Nayland Smith eintrat und sich müde in einen Sessel sinken ließ. Ich zeigte ihm den Zeitungsausschnitt.

„Im Interesse des Pastors und seiner Tochter bin ich froh darüber", bemerkte er. „Aber für Dr. Fu bedeutet es einen neuen Sieg! Gerechter Himmel, warum läßt die Vergeltung solange auf sich warten?"

Smiths braungebranntes Gesicht war seit dem erbitterten Kampf mit dem fürchterlichsten aller Gegner härter und magerer geworden. Nervös erhob er sich wieder und stopfte im Auf- und Abschreiten seine Pfeife.

„Ich habe Sir Lionel Barton gesprochen!" berichtete er hastig. Kurz und gut: Er hat mich ausgelacht! In den Monaten, da ich vergebens seinen Verbleib festzustellen suchte, hauste er irgendwo in Aegypten. Man könnte vermuten, daß ein besonderer Schutzengel über seinem Leben wacht, denn sein seinerzeit in der ‚Times' veröffentlichter Brief ließ erkennen, daß er in Tibet Dinge sah, für die nach Fu-Mandschus ausdrücklichem Willen das Abendland blind sein soll. Ich glaube, er hat so etwas wie ein neues Schlüsselloch zu den Toren des indischen Reiches gefunden."

Schon vor einiger Zeit hatten wir Sir Lionel Bartons Namen auf die Liste der Personen gesetzt, deren Schicksal durch den fanatischen Chinesen bedroht erschien. Als Orientforscher und Entdeckungsreisender hatte der unerschrockene Gelehrte, der als erster bis Lhassa vorgedrungen war, seine Aufmerksamkeit jetzt wieder Tibet zugewandt und damit wahrscheinlich sein eigenes Todesurteil unterzeichnet, das ihm von Dr. Fu zudiktiert war.

„Daß er England lebend erreichte, ist also ein hoffnungsvolles Zeichen?" fragte ich.

Smith schüttelte den Kopf und zündete sich die abgenutzte Pfeife an.

„Er zappelt vorläufig im Netz — die Spinne kann warten! Es ist zum Verzweifeln, Petrie! Sir Lionel, dieser Eisenschädel, nimmt weder Rat noch Warnung an. Du müßtest mal sein Haus in Finchley sehen. Ein niedriger, mit Efeu bewachsener Bau, feucht wie ein Sumpf, und es riecht darin wie in einer Dschungel. Er ist heute erst zurückgekehrt, arbeitet und ißt — und schläft auch, vermute ich — in einem Studierzimmer, das aussieht, als ob darin ein Erdbeben stattgefunden hätte. Das Zubehör seines Heims wirkt halb als Menagerie, halb als Zirkus. Er hat einen Beduinengroom, einen chinesischen Kammerdiener und der Himmel weiß, was sonst noch für sonderbares Personal."

„Einen Chinesen?"

„Ja. Ich habe ihn beaugenscheinigt. Ein schlitzäugiger Kantonese, den er Kwee nennt. Der Kerl ist mir höchst unsympathisch. Dann ist da noch ein Sekretär Strozza, mit einer nicht minder abstoßenden Visage. Er soll ein ausgezeichneter Sprachenkenner sein und hilft Barton bei seinem neuen Werk über die Mayapan-Tempel. Nebenbei bemerkt, das ganze Gepäck Sir Lionels ist vom Landungsplatz verschwunden — mitsamt seinen Aufzeichnungen über Tibet!"

„Das hat etwas zu bedeuten!"

„Sicherlich! Aber Barton sagte sich, daß er heil und unbehelligt ganz Tibet durchquert habe, ohne ermordet zu werden, und es sei daher sehr unwahrscheinlich, daß ihm jetzt dieses Schicksal in London blühen könne. Als ich fortging, diktierte er sein Buch aus dem Gedächtnis in einem Tempo von ungefähr 200 Silben in der Minute."

„Er läßt also kein Gras darüber wachsen?"

„Alles andere als das. Abgesehen von seiner Eilzugsschriftstellerei will er nächste Woche vor einer Gesellschaft von Wissenschaftlern auch noch einen Vortrag über einen Mumienschrein halten, den er in den ägyptischen Katakomben ausgegraben hat. Als ich sein Haus verließ, war gerade ein Möbelwagen vorgefahren, und ein paar starke Männer schleppten diesen Sarkophag, so groß wie ein Boot, ins Innere. Nach Sir Lionels Erklärung ist es ein besonders belangvoller Fund. Wenn er ihn untersucht hat, erhält der Schrein einen bevorzugten Platz im Britischen Museum. Der Gelehrte gedenkt die Arbeit von sechs Monaten in sechs Wochen abzuhaspeln und will dann wieder auf Reisen gehen."

„Und was willst du tun?"

„Was kann ich tun? Ich weiß, daß Fu-Mandschu einen Anschlag auf ihn beabsichtigt. Daran ist gar nicht zu zweifeln. Brr! Das muffige Gebäude da draußen ist ja geradezu geschaffen für ein Verbrechen. Ich schwöre darauf, daß in Sir Lionels Arbeitsklause nicht der kleinste Sonnenstrahl dringt. Es herrscht dort eine wahre Malariaatmosphäre, und der Westgiebel ist von einer Efeuart überwuchert, die Barton irgendwoher importiert hat; das verfilzte Pflanzenzeug verbreitet einen scharfen exotischen Duft, der ganz zu der unheimlichen Umgebung paßt."

„Hast du Vorsichtsmaßregeln getroffen?"

„Ich habe Scotland Yard veranlaßt, einen Beamten als Aufpasser hinzuschicken. Aber..." Smith zuckte hilflos die Achseln.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Ein Zwiegespräch

Im „Orgaan", der Zeitschrift der niederländischen Eisenbahner, finden wir nachstehendes Zwiegespräch, das wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten.

Der Unorganisierte.

„Zu dumm! Wir sind doch kein Herdenvieh,
Wir lassen uns nicht verkaufen —
Es bilden Persönlichkeiten und Genie
Sich abseits vom großen Haufen.
Wir geben keinem — wir sind zu stolz —
Vertretung in unseren Geschäften,
Kerle wie wir, aus kernigem Holz.
Vertrauen den eigenen Kräften.
Ihr andern, die ihr euch organisiert,
Füttert Führer von „euren Gnaden",
Und werdet dafür an der Nase geführt,
Belogen, verkauft und verraten."

Der Organisierte.

„Nun schöpf erst mal Atem, du Mustersohn!
Du verstehst das Verdrehn, will mir deuchten,
Genie und Persönlichkeit??? Stille davon!
Die will ich mal näher beleuchten:
Ich pflüg meinen Acker. Das Korn säe ich dann.
Und wenn mir's der Himmel läßt reifen,
Dann kommst du geschlichen, du „Selbst-ist-der-Mann",
Mir frech nach den Garben zu greifen.
Erkennst in dem Spiegel dein Bild noch nicht?
Was bleibt da noch viel zu beweisen?
Gemeinhin wird in der Welt solch ein Wicht
Schmarotzer und Spitzbub geheißen."

Wichtig für Knappschaftsmitglieder!

Die Knappschaftsverwaltung in Tarnowitz (Spolka Bracka) hat in ihrer Sitzung vom 20. Oktober d. Js. bezüglich der früher in deutschen Knappschaftsvereinen versichert gewesenen Personen folgendes beschlossen:

Personen, welche in einem zur Knappschaft (Spolka Bracka) gehörenden Werk nach dem 1. Juli 1922 Arbeit angenommen haben, jedoch in die Pensionskasse der Spolka Bracka, nicht aufgenommen wurden, da sie den Anforderungen des Par. 49 der Satzungen des Tarnowitzer Knappschaftsvereins wegen Ueberschreitung des 40. Lebensjahres nicht entsprechen, können in die Pensionskasse ohne Rücksicht auf das Alter aufgenommen werden, wenn sie nachweisen, daß sie vor Annahme der Arbeit in einem der zur Spolka Bracka gehörenden Werke, Mitglieder eines deutschen Knappschaftsvereins schon vor Vollendung ihres 40. Lebensjahres waren und durch mindestens 12 Monate hindurch Beiträge entrichtet haben und gemäß der Vorschrift des Par. 5 (Absatz 1, Buchstabe a) bei Arbeitsannahme in einem Knappschaftswerk zum Beitritt der Krankenkasse verpflichtet sind, oder derselben schon angehören und noch fähig zur Berufsarbeit sind.

Vorliegender Beschluß verliert seine Gültigkeit, wenn die Angelegenheit der Anrechnung und Berücksichtigung des Versicherungszeitraumes in ausländischen Knappschaftsvereinen auf eine andere Art und Weise, und zwar durch einen interstaatlichen Vortrag geregelt wird und die Bedingungen des Par. 129, Abs. 2, der Satzungen eintreten. Sofern in diesem Falle die hier in Frage kommenden Mitglieder durch ihre Mitgliedschaft in der Spolka Bracka weder die Wartezeit im Sinne des Par. 71 der Satzungen, noch das Recht auf Leistungen auf Grund der Mitgliedschaft in der Spolka Bracka erreicht haben, so werden die in die Pensionskasse der Spolka Bracka entrichteten Beiträge in der eingezahlten Höhe zurückgezahlt.

Bis zum Abschluß des diesbezüglichen interstaatlichen Vertrages ist bei Eintritt eines Versicherungsfalles der Versicherungszeitraum in den ausländischen Knappschaftsvereinen weder zu berücksichtigen, noch anzurechnen, sofern der Versicherungsfall aus gewöhnlichen Ursachen und vor Erreichung des dreijährigen Versicherungszeitraumes in der Pensionskasse der Spolka Bracka eingetreten ist.

Sofern der diesbezügliche interstaatliche Vertrag überhaupt nicht zustande kommt, ist die Höhe der Invalidenpension für Mitglieder, welche in der Spolka Bracka die Wartezeit im Sinne des Par. 71 der Statuten erreicht haben, gemäß Par. 60, Abs. 1 der Statuten auf den tatsächlich durch die eingezahlten Beiträge zukommenden Betrag festzusetzen; die Vorschrift des Par. 60, Abs. 5, der Statuten bezüglich des niedrigsten, 20 Zloty betragenden Satzes, findet dagegen keine Anwendung. An Witwengeld ist 60 Prozent, Waisengeld dagegen für jede Waise in Höhe von 1/5 der Invalidenpension, welche der verstorbene Ehemann bezw. Vater bezog, resp. beziehen würde, mindestens jedoch monatlich 4,50 Zloty für eine Halb- und 6 Zloty für eine Vollwaise, zu zahlen. Bei Eintritt des Versicherungsfalles durch einen Unfall bei der Berufsarbeit ist die Hälfte dieser Beträge zu zahlen.

Die in Frage kommenden Personen haben sich sofort bei der Verwaltung des Knappschaftswerkes, in welchem sie beschäftigt sind, zwecks Aufnahme in die Pensionskasse zu melden.

Kattowitz erhält ein Museum

In der unmittelbaren Nähe des neuen Wojewodschaftsgebäudes wird im Jahre 1928 mit dem Bau des neuen Museums begonnen. Das neue Gemach wird ein Flügelgebäude in gerader Linie und nicht auffallend sein. Zum Direktor des neuen Museums wurde bereits Dr. Tadeus Dobrowalski aus Krakau ernannt der die Vorbereitungsarbeiten, insbesondere die Einteilung der bereits gesammelten Gegenstände durchzuführen hat. Die Sammlungen zerfallen in sieben Teile. Für die Naturkunde, insbesondere die Biologie und Botanik sorgt Frau Dr. Koslawska in Krakau, die bekanntlich Polnisch-Oberschlesien bereist und hier Vorträge über die Pflanzen und Blumen in Polen hält. Frau Dr. Koslowska spendiert zugleich für das Museum eine Kollektion von Sammlungen von Raupen, Puppen und Schmetterlingen. Für diese Abteilung spendierte auch eine Sammlung, bestehend aus 80 Stück ausgestopften Vögeln, der Kattowitzer Ingenieur Marynarczyk. Die zweite Abteilung soll die geologische Abteilung sein. Es werden Stücke aus ganz Polen bei Berücksichtigung Schlesiens zur Schau ausgestellt werden. Der dritte Teil ist die religiöse Kunst, wie Schnitzereien, Meßgewänder und anderes. Es werden auch alte kostbare Teppiche ausgestellt, die aber mit der schlesischen Kunst nichts Gemeinsames haben. Die meisten Gegenstände aus Schlesien hat Pfarrer Pucher aus Groß-Piekar zur Verfügung gestellt. Dann folgt die Volkskunde, wobei auch die schlesischen Volkstypen und die schlesische Volkstracht berücksichtigt wird. Weiter folgt verschiedener alter Kram, wie Steinhauerei, Stickereien, die Geramik, Kästen, Pfeifen, Musikinstrumente und dergleichen. Eine besondere Abteilung nehmen die Malereien ein, doch wird auch hier Oberschlesien sich mit einer sehr bescheidenen Rolle begnügen müssen. Eine besondere Abteilung erhält die Plebiszitabteilung und hier dürfte Oberschlesien voll zur Geltung kommen. Ausgestellt werden Plakate, Broschüren, Autographen usw. Ob da auch die Mordwerkzeuge, die während des Plebiszits in Anwendung gebracht wurden, ausgestellt werden, steht nicht fest. Als die letzte Abteilung ist die schlesische Industrie gedacht. Hier soll vor allem der Bergbau- und die Hüttenindustrie zur Geltung kommen. Neben dieser, der Plebiszitzeit und der Abteilung für Kirchenkunst, gilt alles andere was da ausgestellt werden soll der polnischen Kunst, die den Museumsbesucher mit Polen vertraut zu machen hat, also Polonisierungszwecken dienen soll. Daß die Kosten Polnisch-Oberschlesien zu tragen hat ist klar.

Nicht mehr?

Die bischöfliche Kurie hat bisher, seitdem sie ihre Hilfsaktion für die Notleidenden in den Ueberschwemmungsgebieten begann, nicht mehr als 8 598,93 Zloty gesammelt. Es ist wirklich nicht viel, wenn man bedenkt, daß der gesamte Betrag aus 92 kirchlichen Parochien zusammengeflossen ist. Wohltätigkeit scheint also, trotzdem man mit ihr sonst so gerne in diesen Kreisen renommiert, nicht ihre stärkste Seite zu sein. Was werden zu diesem Sammelergebnis diejenigen Königshütter Stadtverordneten sagen, die sich von einer durch christliche Hand organisierten Sammelaktion goldene Berge versprachen und auch die, welche sich so gekränkt fühlten, da man sie nicht in das Hilfskomitee berief?

Ob die kirchliche Sammelaktion aber nicht ein besseres Ergebnis zu verzeichnen gehabt hätte, würde für einen Kirchenbau gesammelt? Wahrscheinlich. Jedenfalls ist für uns wieder einmal der Beweis gegeben, daß es mit der Wohltätigkeit in christlichen Kreisen nicht weit her ist.

Das Kattowitzer kommissarische Stadtv.-Kollegium

Die erste Sitzung — Die alten Versprechungen — Wird die deutsche Wahlgemeinschaft mitarbeiten?

Wer sich von der ersten Sitzung des Kattowitzer kommissarischen Stadtverordnetenkollegiums, die gestern im Rathause stattfand, eine Sensation versprach, wurde enttäuscht, denn sehr sehr sachlich und ruhig verlief sie. Stadtpräsident Dr. Gornik, dem man trotz seiner sechswöchigen Wiesbadener Kur ansah, daß er immer noch sehr leidend ist, verlas den Wojewodschaftsratbeschluß, nach dem die Auflösung des alten Parlament und die Bildung des neuen erfolgte, worauf der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Dombrowski zu der üblichen Ansprache das Wort ergriff. Uns sind solche Reden nichts neues mehr und ebenso konnte es uns überraschen, wenn Herr Dr. Dombrowski in dieser Rede, die er übrigens ablas, sagte, daß man auch zu den kulturellen Forderungen der deutschen Minderheit seitens der polnischen Parteien Stellung nehmen und sie sachlich behandeln werde. Gewiß, wir nehmen das gern zur Kenntnis, glauben jedoch, daß es Herrn Dr. Dombrowski und den polnischen Fraktionen sehr schwer fallen wird, dieses Versprechen einzuhalten. An solchen Versprechungen hat es bis jetzt von ihrer Seite aus nicht gemangelt, aber sie blieben nur solche und wir haben gar keine Ursache, das Gegenteil zu glauben. Wozu jedoch alte Geschichten aufwärmen. Was uns am meisten interessiert, ist, daß Herr Dr. Dombrowski in seiner Rede die Hoffnung aussprach, daß in der nächsten Sitzung der kommissarischen Rada, die voraussichtlich schon in der nächsten Woche stattfinden soll, diese, also das Stadtverordnetenkollegium, „komplett" sein werde. Darauf deutete auch die Wahl des Vorbereitungs- und des Steuerausschusses hin, die nur teilweise vorgenommen wurde. Und nach dem, was wir so nebenbei hörten, dürfte sich die Hoffnung des Herrn Dombrowski erfüllen, insofern, als die Deutsche Wahlgemeinschaft aller Wahrscheinlichkeit nach ihren bisherigen Standpunkt aufgibt und — ihre Vertreter, die sie bereits der Wojewodschaft genannt haben soll, in die kommissarische Rada entsendet. Ein Mitglied von ihr, Herr Weichmann, hat sowieso bereits seine Zusage gegeben, und, wir wissen das aus authentischer Quelle, die Spitzen der Deutschen Wahlgemeinschaft haben bezüglich der Mitarbeit mit der Wojewodschaft verhandelt mit dem Erfolg, daß ihnen vier Mandate und nicht wie vorher, drei, zugesagt wurden. Wir wollen so indiskret sein und die drei übrigen Kandidaten, die für sie noch in Frage kommen, nennen. Es sind dies: Herr Stadtverordnetenvorsteher a. D. (!) Jankowski, Gastwirt Wanjura (Wanjuras Höh'n) und Kaufmann Jangrobe. Dieses Spiel ging also zuungunsten der Sozialisten aus, und wir können das ruhig annehmen, war es eine der ersten Forderungen der Unterhändler, die sozialistischen Mandate zu beschränken, wenn die Wahlgemeinschaft in die Rada eintreten soll. Darüber sind wir keineswegs erstaunt, zumal wir die Politik der Deutschen Wahlgemeinschaft zur Genüge kennen, die wir übrigens auch in unserem Artikel „Politik des Lächerlichen" eingehend genug gekennzeichnet haben. Es befremdet uns nur, daß wir über solche Versionen, wir wollen es vorderhand so benennen, zu schreiben gezwungen sind. Und wiederum ist dies für uns ein Beweis, daß die Politik der Deutschen Wahlgemeinschaft noch lange nicht über die Kinderschuhe hinaus ist. — Und zum Schluß an den kommissarischen Stadtverordneten-Vorsteher Dombrowski: Dringlichkeitsanträge können nicht so mir nichts dir nichts innerhalb der Tagesordnung eingebracht und erledigt werden. Wehe einem deutschen Stadtverordnetenvorsteher, dem das passiert wäre.

* * *

Stadtpräsident Dr. Gornik, der die Sitzung eröffnete, wies darauf hin, daß die Auflösung des bisherigen Stadtparlaments auf Grund des Ermächtigungsgesetzes durch die Wojewodschaft erfolgt sei. Er verpflichtete die neuen Stadtverordneten durch Handschlag. Der neue Stadtverordnetenvorsteher Dr. Dombrowski bemerkte in seiner Einführungsrede, daß die kommissarische Stadtverordnetenversammlung die er als nur vorübergehend bezeichnete, das Interesse des Staates, der Stadt und Bürgerschaft wahren müsse, da ihre Tätigkeit ohne Zweifel einer besonders scharfen Kritik unterzogen würde. Hervorgehoben wurde, daß man zu den Forderungen der deutschen Minderheit in kultureller Hinsich von seiten der polnischen Parteien in loyaler und sachlicher Weise Stellung nehmen und diese Fragen sachlich behandeln werde. Vor allem soll das gute Einvernehmen zwischen dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung nicht gestört werden. Daraufhin wurde dem Stadtverordneten Jan Przybylla der Posten des Sekretärs übertragen. Von der weiteren Zusammensetzung des Büros wurde bis zur nächsten Sitzung Abstand genommen. In der weiteren Folge wurde eine Statutenänderung vorgenommen und die Zahl der Mitglieder des Vorberatungsausschusses anstatt zwölf nunmehr einschließlich des Stadtverordnetenvorstehers auf acht festgesetzt. Ernannt wurden zunächst die Stadtverordneten Piechulek, Biniszkiewicz, Przybylla, Brzeskot und als deren Vertreter die Stadtverordneten Dr. Kobylinski, Zlokiewicz, Dr. Jarczyk und Zembok. Auch die Wahl der Mitglieder für das Kuratorium der Städtischen Sparkasse wurde nicht ganz durchgeführt, sondern zunächst nur fünf Stadtverordnete sowie zwei Vertreter der Bürgerschaft ernannt. In der gleichen Weise gelangte ein vorliegender Dringlichkeitsantrag mit Wahl der Mitglieder für den Steuerausschuß zur Erledigung. — Schließlich wurde die Wahl des Ingenieurs Posiadly als technischer Magistratsrat anerkannt.

Kattowitz und Umgebung

Not macht straffrei.

Der 24jährige Bergarbeiter Walter Musik wurde seinerzeit vom Schöffengericht wegen Einbruchsdiebstahls, begangen in Gemeinschaft mit anderen Kameraden, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die anderen Verurteilten büßten ihre Strafe ab, nur er legte gegen das Urteil Berufung ein, weil die Strafe ihm zu hart erschien, trotzdem er schon einige Male vorbestraft war und im letztgenannten Falle ein Geständnis abgelegt hatte. In der gestrigen Berufungsverhandlung legte der Angeklagte, der einen sehr guten Eindruck machte, große Reue an den Tag und bat um Herabsetzung der Strafe, damit sie ihm, da er inzwischen eine Anstellung in einem Bergwerke gefunden hatte und sich fürderhin redlich durchs Leben fortzubringen bestrebe, nicht besonders hinderlich werde. Der Gerichtshof war auch bestrebt, diesem guten Vorsatze entgegenzukommen und durch allerhand Milderungen die Straftat nicht so schwer in die Wagschale fallen zu lassen. Nach eingehender Erörterung des Falles fand sich auch bald die Handhabe zu einer anderen Betrachtung und Aburteilung des Falles, als es das erstinstanzliche Gericht getan hatte.

Das erstinstanzliche Urteil erkannte in der Begründung selbst an, daß die Tat aus Not begangen worden sei, und führte aus, daß die Strafe von 1 Jahr Gefängnis aus diesem Grunde nur als Mindeststrafe, gegenüber den mehrmaligen Vorstrafen des Angeklagten, bemessen worden sei. An diesen Angelpunkt der Not knüpfte auch sogleich die gestrige Verhandlung an, die dann zu einem Urteilsspruche gelangte, wodurch der Angeklagte nicht nur freigesprochen wurde, sondern das erstinstanzliche Urteil gänzlich aufgehoben und die Anklage niedergeschlagen wurde.

Der Gerichtshof, unter Vorsitz des Strafkammerdirektors Herlinger, wies in der Begründung seines Spruches hin, daß das erste Gericht, nachdem es einmal das Notmotiv angenommen hatte (der Angeklagte und seine Mitteilnehmer erbrachen eine Speisekammer in einem Korridorgange und entnahmen Brot, Käse, Butter, Wurst u. dergl., das sie zum Teil sofort verzehrten, zum Teil sich für später aufhoben), zu berücksichtigen sich für verpflichtet gehalten haben sollte, daß die gestohlenen Gegenstände Nahrungsmittel waren, daß die Menge dieser Nahrungsmittel nur unbedeutend war und nur für eine kurze Dauer ausreichen konnte, ferner, daß die Angeklagten aus dem Umstande, daß die Speisekammer im Korridor war, auf keine andere Beute als auf Nahrungsmittel es abgesehen haben konnten. Aus diesem Grunde konnte eine Verurteilung nicht erfolgen. — Bemerkt sei noch, daß auch der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Olszewski, sich für einen Freispruch ausgesprochen hat.

Heiteres Quartett des Wiener Männergesangvereins. Wir verweisen nochmals auf das am Sonnabend, den 12. 11. stattfindende Konzert des Heiteren Quartetts des Wiener Männer-Gesangvereins. Das Konzert findet in der Reichshalle statt und beginnt pünktlich um ½8 Uhr. Die Abendkasse wird eine Stunde vor Beginn eröffnet.

Gewöhnlich trifft es einen Armen. In der Nähe des Arthurschachtes in Kochlowitz wurde der Maschinist Franz Matuczyk, als er sich auf seine Arbeitsstelle begab, von zwei Banditen überfallen. Ein paar Schuhe sowie das Frühstücksbrot wurden ihm abgenommen. Das Banditentum scheint in Kochlowitz so ziemlich zu Hause zu sein, denn Raubüberfälle sind dort an der Tagesordnung. Erst gestern konnten wir von einem solchen berichten.

Beschäftigung von Bettlern. Die Heranziehung der arbeitswilligen und arbeitsfähigen Bettler zur Arbeit, ist in der letzten Zeit durch den Magistrat in Kattowitz durchgeführt worden. In den eingerichteten Werkstatträumen im neuen Bettler-Arbeitshaus auf der früheren Schützenstraße werden gegenwärtig 2 Schneider, 1 Schuhmacher, 5 Besenbinder, 4 Pantoffelmacher, 8 Frauen mit der Anfertigung von Strickarbeiten und je 10 Mann in den Vormittagsstunden von 8—12 Uhr, sowie in den Nachmittagsstungen von 1—5 Uhr mit Holzhacken beschäftigt. Aber auch außerhalb des Bettler-Arbeitshauses sind weitere 15 Bettler untergebracht worden, welchen die Beaufsichtigung von Sport- und Bauplätzen übertragen worden ist und leichtere Hausarbeiten zugewiesen wurden. Die Einnahmen durch Verkauf von Brennholz, Pantoffeln und Besen werden für notwendige Anschaffungen zugunsten der registrierten Bettler verwendet. Ebenso sind die fertiggestellten Bekleidungsstücke wie Unterwäsche, Schuhwerk, Strümpfe, Socken usw., für die Bettler bestimmt. Gegenwärtig werden beim „3 Biuro dla opieki nad Zebrakami" 145 Bettler geführt.

Schwere Strafe für Milchverfälschung. Die Milchhandelsfrau Anna M a t l o c h aus der Umgegend von Oswiencim hatte sich gestern vor dem hiesigen Schöffengerichte wegen Milchverfälschung zu verantworten. Es wurden bei ihr auf dem Bahnhofe in Ligota mehrere Kannen Milch beanstandet, die eine starke Verwässerung aufwiesen. Der Fettgehalt der Milch belief sich auf kaum 2,2 Prozent bis 2,3 Prozent und der Milchgehalt reichte in einzelnen Kannen bis zu 13, 16,3 und sogar 18,1 Prozent. Ein Viertel und darüber des Kannengehaltes machte somit das Wasser aus. Die Milch sollte an die Schulen abgeliefert werden, zur Ausspeisung armer Schulkinder. Die Angeklagte erklärte sich nicht schuldig, da sie die Milch so in Verkauf brachte, wie sie sie auf dem Lande bei den Bauernsfrauen eingekauft hatte. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sie einen Meßapparat habe, um die Qualität der eingekauften Milch feststellen zu können, erklärte sie, daß sie bis zum beanstandeten Falle keinen Apparat gehabt habe, daß sie sich aber seither einen solchen verschafft habe. R i c h t e r: Zum Besitze eines Meßapparates sind oder jederzeit verpflichtet, wenn sie Milchhandel betreiben wollen. Das Gericht verurteilte die Angeklagte, über den Strafantrag hinaus, der auf 100 Zloty lautete, zu 150 Zloty Geldstrafe, evtl. zu 1 Monat Arrest, wobei es als erschwerend den Umstand annahm, daß die Milch zur Ausspeisung armer Schulkinder bestimmt war.

Mit Hilfe eines Nachschlüssels wurde in die Wohnung des in Eichenau wohnhaften Eisenbahners Apostel eingebrochen. Gestohlen wurden eine Anzahl von Bekleidungsstücken und 80 Zl. Bargeld in einem Gesamtwerte von 700 Zloty. Von den Spitzbuben fehlt vorläufig jede Spur.

Der bestohlene Hotelportier. Im Automaten auf der Bahnhofstraße wurden dem Hotelportier vom „Savoy" 500 Zloty aus der Rocktasche gestohlen. Erst geraume Zeit später kam der Bestohlene dahinter und machte die polizeiliche Anzeige. Ob er das Geld jemals wiedersehen wird?

Königshütte und Umgebung

Haben Wohltätigkeitsfeste überhaupt noch einen Zweck? Gelegentlich einer Debatte im Stadtparlament über Arbeitslosenfragen wurde seitens einer Stadtverordneten von der Wahlgemeinschaft angeregt, Wohltätigkeitsfeste zu veranstalten, deren Reinertrag den Arbeitslosen zugute kommen soll. Schon damals begegnete diese Anregung einem mitleidigen Lächeln, da sie einen hohen Grad von Unkenntnis über die Einstellung des Publikums gegenüber derartigen Veranstaltungen bewies. Lehrt doch die Erfahrung, daß gerade Wohltätigkeitsfeste mit wenigen Ausnahmen nichts einbringen, im Gegenteil, noch einen Zuschuß erfordern. Seinerzeit war die Veranstaltung des polnischen Vinzenzvereins im Volkshause der beste Beweis dafür. Diesem Reinfall folgte einer des Hilfsvereins deutsch. Frauen im „Graf Reden" und vor kurzem erging es einem polnischen Wohltätigkeitskonzert ebenso in demselben Lokal. Hat es da wirklich noch einen Zweck, die Oeffentlichkeit mit Wohltätigkeitsfesten zu beglücken Wer heute wirklich wohltun will, geht nicht erst hin, denn das kann er auf eine andere Weise viel besser tun, ohne sich 5—6 Stunden in einem dunstigen Lokal langweilen oder anöden lassen zu müssen. Viele gehen schon aus diesem Grunde nicht hin, die meisten fürchten jedoch die Auslagen, die ein Wohltätigkeitsfest erfordert und die sind im Verhältnis zu dem Obolus, den man für die Bedürftigen tatsächlich stiftet, viel zu enorm. Wir ziehen noch ein anderes Beispiel an. Im vorigen Jahr nahm ein Verein gelegentlich eines Wohltätigkeitsfestes 1890 Zloty ein. Davon verblieb ein Reinüberschuß von sage und schreibe 82 Zloty, der wohltätigen Zwecken überwiesen wurde. Also eine lächerlich geringe Summe. Uns scheint, daß die gesamte Wohltätigkeitsfesterei nichts anderes als ein Deckmäntelchen für gewisse Bestrebungen, die hauptsächlich aus rein persönlichen und ehrgeizigen Motiven hervorgehen, ist. Und dann auch, um den Bedürftigen etwas Sand in die Augen zu streuen, ihnen zu zeigen, wie sorgsam das Bürgertum um sie bemüht ist, damit sie nicht ganz verhungern. Eine sehr fade Wohltätigkeit. Es wäre besser, man ließe in Zukunft von solchen Veranstaltungen die Finger, denn einerseits macht man sich mit ihnen lächerlich und andererseits verbittert man die Bedürftigen unnützigerweise nur noch mehr.

Aus der Arbeiterwohlfahrt. Am Dienstag, den 8. d. Mts. fand eine Versammlung der Arbeiterwohlfahrt statt, die eine reichliche Tagesordnung mit mehreren Punkten aufwies. Zu Punkt 1. referierte Genosse Kuzella über die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt, ausgehend von den Gewerkschaften, Partei, Genossenschafts- und Kulturvereinen, übergehend auf die Arbeiterwohlfahrt, deren Aufgaben er eingehend besprochen und gekennzeichnet hat. Zum Punkt 2. hat die Leiterin der Arbeiterwohlfahrtsgruppe die Revolutionsfeier mit kräftigen Worten gekennzeichnet und besonders den Krieg und seine Folgen gegeißelt und endete mit den Worten: „Nie wieder Krieg!" Diese Ausführungen wurden mit Beifall angenommen. Nachdem noch verschiedene andere Fragen z. B. die Weihnachtsfeier u. a. erledigt wurden, schloß die Vorsitzende die Versammlung.

Arbeiterversammlung. Am Montag, den 14. 11. 1927, findet in Königshütte im Lokal Starzynski ul. Wolnsci eine Arbeitslosenversammlung statt, zu der alle Arbeitslosen, Invaliden, Witwen, sowie Gewerkschaftsführer und Knappschaftsältesten eingeladen sind.

Deutsches Theater Königshütte. Am Sonntag, den 13. November, nachmittags 5 Uhr, veranstaltet das „Heitere Quartett", des Wiener Männer-Gesangvereins im großen Redensaale ein Konzert. Mitgliedern der Theatergemeinde und Mitgliedern von Gesangvereinen gewähren wir auf allen Sitzplätzen eine Ermäßigung von 25 Prozent. Wer beiden Organisationen angehört, bekommt 50 Prozent Ermäßigung. Freitag, den 18. November: „In der Johannisnacht," Operette von Gilbert. — Freitag, den 25. November: „Spiel im Schloß", Lustspiel von Molnar. — Montag, den 28. November: „Wiener Blut", Operette von Joh. Strauß. — Vorverkauf an der Theaterkasse von 10—1 und 5½ bis 6½ Uhr, fünf Tage vor jeder Vorstellung. Telephon 150.

Auszahlung aufgewerteter Sparguthaben. Am 15. November 1927 beginnt die Stadtsparkasse in Königshütte mit der Auszahlung der aufgewerteten Guthaben der Gläubiger. die Einlagen in der Zeit vor dem 31. Dezember 1922 getätigt haben. Die Aufwertung dieser Guthaben beträgt 5 Prozent.

Der Spaltpilz. Wie so oft anderswo, ist auch im alten Gastwirtsverein in Königshütte, eine Spaltung eingetreten. Angeblich scheint der bisherige Gastwirtsverein den polnischen „Kollegen" zu international gewesen zu sein, denn sie beschlossen in einer Sitzung zu der 35 (?) Gastwirte aus Königshütte und Umgegend anwesend sein sollten, einen polnischen Gastwirtsverein zu gründen. In den Vorstand wurden gewählt, die Gastwirte Ladon 1. Vorsitzender, Glabs2. Vorsitzender, Vogel 1. Schriftführer, Frühholz 2. Schriftführer,, Wielosk Kassierer. Man kann daraus ersehen, daß der Spaltpilz ebenso verheerend wirken kann, wie der Fliegenpilz.

Baufällige Häuser. Die Baupolizei hat festgestellt, daß in Königshütte eine beträchtliche Anzahl von Häusern baufällig sind. Die Gefahr ist groß, daß die Einbewohner dieser Häuser ihrer Gesundheit sowie ihres Lebens bedroht sind. Aus diesem Grunde hat der Magistrat in seiner letzten Sitzung eine Kommission gewählt, die auch sofort ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Die Feststellungen, die diese Kommisson machte, sind sehr kritisch zur betrachten. Ein Teil der Wohnungen muß sofort geräumt werden, da bei Eintritt von kälteren Witterungen und größeren Schneemassen, Einsturz der Häuser zu befürchten ist. Es bleibt nun die Frage übrig, wo man die obdachlosen Leute unterbringen soll? Sie muß der Magistrat zu lösen versuchen, evtl. durch Neubauten von Baracken usw.

Eine Steuerbetrugsaffäre. Nach monatelanger Arbeit sind die Königshütter Polizeiorgane auf die Spur zur Aufdeckung einer großzügig angelegten Steuerhinterziehung gekommen. Schon konnten wir berichten, daß der Teilhaber an der Maschinenfabrik an der Haiducka (Heiduckerstraße) Königshütte, Friedrich Lösel, seinen Kompagnon, Gottlieb Dorn um einen Betrag von 50 000 Zloty betrogen und geschädigt habe. Lösel hatte Maschinen verkauft und die Gelder für sich eingezogen, ohne sie zu verbuchen. Noch zu Lebzeiten Dorns war es zwischen beiden Teilhabern zu Auseinandersetzungen gekommen und zu einer Auflösung der Firma. Auf Grund der Unterschlagungen, die natürlich mit einer Steuerhinterziehung Hand in Hand gingen, befürchtete Lösel eine strafrechtliche Verfolgung. Infolgedessen machte er sich aus dem Staube. Als dann aber Dorn gestorben war, erschien er wieder auf der Bildfläche. Doch die Witwe des verstorbenen Dorn machte jetzt ihre Ansprüche gegenüber Lösel geltend. Sie erstattete Anzeige wegen Unterschlagung. Lösel wurde wiederum flüchtig, und der Prozeß konnte nicht zum Austrag kommen. Die Polizeibehörde aber wurde auf diesen Fall aufmerksam. Ihre Sache war es nun, ihn in bezug auf eine Steuerhinterziehung weiter zu untersuchen und zu verfolgen. Die Geschäftsbücher wurden revidiert und nach monatlicher Arbeit kam man zu dem Resultat, daß Lösel seit 1922 Beträge in deutscher und polnischer Mark umgerechnet in einem Betrage von 140 000 Zloty veruntreut hatte. Er lieferte an größere Verwaltungen Maschinen und strich von diesen auch die Gelder ein, ohne Wissen des Dorn. Natürlich wurde diese Summe von 140 000 Zloty in das der Steuerbehörde vorzulegende Geschäftsbuch nicht aufgenommen, und die Steuerbehörde wurde ihrerseits um ansehnliche Beträge geprellt. Diese Affäre wirft auch kein gutes Licht auf die Steuerbehörde selbst, da doch die Buchführung von Zeit zu Zeit von Steuerbeamten überprüft wurde und welche auf die Unterschlagungen und Steuerhinterziehungen nicht aufmerksam wurden. Wenn nicht gerade Frau Dorn gegen Lösel Privatklage angestrengt hätte, wäre davon nichts ans Tageslicht gekommen. So werden sich also auch verschiedene Steuerbeamte, die mit der Ueberprüfung der Buchführung betraut wurden, zu verantworten haben. Lösel selbst ist flüchtig und befindet sich, wie die bisherigen Feststellungen ergeben haben, in Tetschen, in der Tschechoslowakei. Es scheint, daß hiesige Polizeibeamte ihn an seinem jetzigen Wohnort aufgesucht haben, um ihn gegebenenfalls festnehmen zu lassen und seine Auslieferung zu erwirken.

Myslowitz

Verschiedenes. (Erweiterung des Bauplanes Städtisch-Janow.) Im Einvernehmen des Kreisausschusses und der Polizeidirektion Kattowitz, hat der hiesige Magistrat beschlossen, den Bebauungsplan des Vorortes Städtisch-Janow zu erweitern. Der Plan liegt zur öffentlicher Einsicht bis zum 25. d. Mts. im hiesigen Magistrat, Zimmer 24, aus, wobei auch evtl. Einsprüche entgegengenommen werden. — V e r p a c h t u n g e n. Durch öffentlichen Anschlag werden durch den hiesigen Magistrat folgende Parzellen zur Verpachtung ausgeschrieben. Eine der Stadt Myslowitz gehörige Parzelle, 2½ Morgen, am evangelischen Friedhof gelegen. Ebenso eine Parzelle die an dem Anschlußgleis der Targowica liegt. Anfragen bezw. Offerten werden bis zum 8. 12. d. Js. im hiesigen Magistrat, Zimmer 24, entgegengenommen, wo auch alles Nähere betreffend der Verpachtungen zu erfahren ist. — S e l b s t m o r d v e r s u c h. Die ledige B o r o w c z y k von der ul. Gorna (Bergstraße) versuchte am letzten Dienstag ihrem Leben ein Ende zu bereiten, indem dieselbe Lysol trank. Schwerverletzt wurde sie ins hiesige städtische Krankenhaus überführt. Das Motiv zu dieser Tat ist unbekannt.

Tarnowitz und Umgebung

Eine sonderbare Taktik.

Wir haben bereits im „Volkswille" berichtet, daß in dem Tarnowitzer Stadtparlament anläßlich der Wahl des Bürgermeisterstellvertreters zu einer Demonstration von seiten der polnischen Ratsklubs kam. Alle polnischen Ratsklubs einschließlich der P. P. S. verließen den Sitzungssaal und erklärten an den Sitzungen nicht mehr teilnehmen zu wollen. Die Ursache dieser Demonstration war die, daß die Deutschen Ratsklubs nicht für Dr. H a g e r stimmten, der bekanntlich sich sehr aktiv im Westmarkenverband beteiligt. Am vergangenen Sonntag haben alle polnischen Ratsklubs einschließlich der Kustosgruppe und der P. P. S. eine Wählerversammlung einberufen. Zum Referenten wurde Dr. H a g e r bestimmt, der auch entsprechend sein Ding drehte. Er lobte die Solidarität aller polnischen Ratsklubs und gab bekannt, daß diese Klubs sich geeinigt haben, die Stadtverordnetenversammlung zu boykottieren, weil sie sich dadurch, daß die Deutschen ihren gemeinsamen Kandidaten als den zweiten Bürgermeister nicht wählen wollten, gekränkt fühlen. Weiter haben alle polnischen Ratsklubs verlangt, daß für die Tarnowitzer Pfarrkirche neue Glocken angeschafft werden und an den geistlichen Orden der Kamilianer entsprechende Zuwendungen aus der Stadtkasse zu gewähren, was jedoch der deutschen Ratsklub abgelehnt hat. Das sind also die Ursachen, warum alle polnischen Ratsklubs einschließlich der P. P. S. an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung nicht mehr teilnehmen können. Die einzelnen Stadtverordneten der polnischen Ratsklubs werden ihre Mandate nicht niederlegen, sondern nur die Versammlungen nicht besuchen. Damit aber die Deutschen gar nicht freie Hand in der Verwaltung erhalten, haben die polnischen Ratsklubs H o r c h p o s t e n zurückgelassen. Für die polnischen Klerikalen verbleiben zwei Herrn weiterhin in der Stadtverordnetenversammlung und zwar der Herr Sejmabgeordnete K e m p k a und der Schulinspektor R a n o s c h k a. Die beiden Herrn verbleiben auch in den Kommissionen und zwar Herr K e m p k a in der Verwaltungskommission und Herr R a n o s c h k a in der städtischen Sparkasse. Diese Taktik ist höchst sonderbar und läßt das Spiel der polnischen klerikalen Nationalisten durchblicken. Alle polnischen Ratsklubs zusammen genommen zählen nur 12 Stimmen. Sie sind also in der Minderheit im Stadtparlament und hatten mit den Kustos und den P. P. S.-Vertreter forwährend zu kämpfen gehabt. Um dem vorzubeugen, erklärte man sich durch die Deutschen provoziert und verhängte den Boykott über die Versammlung. Dadurch wurde man die Kustos- und die P. P. S.-Leute los, behielt aber die eigenen Vertreter in den wichtigsten Kommissionen.

Börsenkurse vom 11. 11. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	=	8.92 zł
		frei	=	8.93 zł
Berlin	100 zł		=	46.96 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.		=	213.— zł
	1 Dollar		=	8.92 zł
	100 zł		=	46.96 Rmk.

Pleß und Umgebung

Alltägliches. Gestern Nacht rannte aus bisher unbekannten Gründen das Personenauto des Direktors Sznapka aus Siemianowitz auf der Chaussee nach Tichau an einen Baum und zerschellte. Die Passagiere trugen erhebliche Verletzungen davon. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Schon wieder einer! Im Kreise Pleß weht seit einigen Monaten ein recht scharfer Wind. Besonders ist es immer wieder die Krankenkasse Pleß, die von sich reden macht. Erst wurde der Geschäftsführer Roj plötzlich seines Amtes enthoben. Der Vorsitzende Grobelny mußte sein Amt niederlegen. Der jetzige Geschäftsführer Niedziela mußte nun auch gehen! Wer wird sein Nachfolger und wann muß auch er abtreten? Fürwahr ein undankbarer Posten!

Rybnik und Umgebung

Nichtbestätigung der deutschen Schöffen in Rydultau. Die in Rydultau Kreis Rybnik neu gewählten deutschen Schöffen erhielten durch die Gemeindeverwaltung die Nichtbestätigung des Landratsamtes Rydultau. Die Nichtbestätigung gründet sich auf verschiedene Formverstöße bei der Wahl, und zwar soll die Sitzung zu spät einberufen worden und die Zahl der abgegebenen Stimmzettel größer, als die der wahlberechtigten Personen sein. Letzteres soll darauf zurückzuführen sein, daß die alten Schöffen trotz Protestes von deutscher Seite mit an der Abstimmung teilnahmen. Während aus diesen Gründen den deutschen Schöffen die Bestätigung versagt worden ist, erhielten die Vertreter der polnischen Fraktion dieselbe bedingungslos zugesagt.

Bielitz und Umgebung

Jubiläum der evang. Lehrerbildungsanstalt in Bielitz. Am 9. Dezember l. Js., werden es 60 Jahre sein, seit die evangelische Lehrerbildungsanstalt in Bielitz eröffnet wurde. Die zahlreichen, in alle Weltgegenden zerstreuten Schüler wird diese Nachricht besonders interessieren. Die Direktion der Anstalt gibt aus diesem Anlasse einen Bericht heraus, es wird dies der 9. seit Bestehen des Seminars sein. Alle ehemaligen Schüler und Schülerinnen werden daher auf diesem Wege freundlichst gebeten, ihre Anschriften bekanntzugeben, damit ihnen dieser Bericht zugehen kann.

Deutsch-Oberschlesien

Verbrechen an Kindern.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt am Donnerstag das Beuthener Schöffengericht gegen den schon in vorgerückten Jahren befindlichen Arbeiter Johann S. aus Mikultschütz. Wie aus der Urteilsbegründung hervorging, hatte sich der Angeklagte in geradezu tierischer Weise an vier unschuldigen 10 bis 12 Jahre alten Mädchen, nachdem er diese durch Hergabe von Geld und Süßigkeiten für seine verbrecherischen Zwecke gefügig gemacht hatte, vergangen. Mit Rücksicht darauf, daß seine Teilnahme am Kriege und seine lange Gefangenschaft in Feindesland auf seinen Gesundheitszustand nicht ohne Einfluß geblieben sind, wurden dem Angeklagten m i l d e r n d e Umstände zugebilligt. Das Urteil lautete auf z w e i J a h r e G e f ä n g n i s. Nach Verbüßung von 10 Monaten soll er unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft für die Reststrafe eine dreijährige Bewährungsfrist erhalten.

Miechowitz. (U n f a l l o d e r V e r b r e c h e n?) Seit Dienstag hat sich die Kriminalpolizei mit dem rätselhaften Verschwinden der 29 Jahre alten Grubenarbeiterfrau Marie B i a l a s c h i k, geb. Janitzek, zu beschäftigen. Die im Hause Schloßstraße 22 wohnende Frau hatte sich am Dienstag, vormittags 11 Uhr, auf den Weg zu ihren in S t o l l a r z o w i t z wohnenden Eltern begeben, um diesen beim Schweinschlachten behilflich zu sein. Sie ist auch noch von einer Person gesehen worden, wie sie den W a l d w e g beim Nimtsch-Schacht passierte. Von hier aus f e h l t jede Spur von der Frau. Sie ist weder bei ihren Eltern in Stollarzowitz angekommen, noch nach Miechowitz zurückgekehrt. Der Ehemann kann sich das Verschwinden seiner Frau n i c h t erklären, da das beiderseitige Verhältnis das denkbar b e s t e war. In den zwei Tagen ihres Verschwindens ist der Wald bis zum Eintritt der Dunkelheit d u r c h s u c h t worden. Die Verschwundene ist 1,68 Meter groß und war mit einem grauen Cheviotmantel und blauem Musselinkleid bekleidet. An der linken Hand trug sie einen Trauring mit den eingravierten Buchstaben A. B. Sie trug eine Markttasche und einen acht Liter fassenden blauen Emaillekrug. Personen, die über den Verbleib der Vermißten oder sonst zweckdienliche Angaben machen können, werden gebeten, sich unverzüglich bei der Kriminalnebenstelle M i e c h o w i t z zu melden.

Senator Millerand

Vom revolutionären Sozialisten zum Vertrauensmann der Royalisten.

Von Paul Szende.

Seitdem Alexander Millerand im Jahre 1924 aus dem Elysee-palast, dem Sitz des Präsidenten der Republik, mit Schimpf und Schande davon gejagt wurde, machte er verzweifelte Anstrengungen, um in das politische Leben zurückzukehren. Nach neun Monaten gelang es ihm mit Hilfe der ärgsten Reaktion in einem Pariser Vorstadtbezirk, wo zumeist reiche Bürger wohnen, einen Sitz im Senat zu erlangen. Die Herrlichkeit war aber nur von kurzer Dauer; bereits bei der Wahl im Januar 1927 fiel er im ersten Wahlgang durch. Selbst Herr Billiet, der Wahlmacher des Pariser Schwarzenbergplatzes, der die Subventionen der Großbanken und der Schwerindustrie unter den Rechtsparteien verteilt, rückte von ihm ab. Millerand gab aber den Kampf nicht auf, und als er sah, daß sich selbst gemäßigte Republikaner durch seine Gesellschaft kompromittiert fühlten, wendete er sich an die Royalisten. Die Königspartei befindet sich seit dem Konflikt zwischen Daudet und der Kirche in einer mißlichen Lage; ihr war daher die angebotene Schützenhilfe nur willkommen. Vor zwei Monaten wurde ein Senatorsitz im nordfranzösischen Departement Orne frei. Hier übt der royalistische Adel noch vielfach einen entscheidenden Einfluß auf die Bauern aus, und dies um so mehr, als die Senatoren in einem indirekten Verfahren von den Vertretern der Gemeinden gewählt werden. Obwohl in den eigenen Reihen schwere Bedenken gegen den Renegaten laut wurden, nahm sich der royalistische Lokalausschuß der Kandidatur Millerands an, der sich auch die Kirche anschloß. Er hatte als Gegenkandidat einen gemäßigten Linksrepublikaner, für den auch die spärlichen Sozialisten und Radikalen, die in dieser Gegend keine starken Organisationen besitzen, stimmten. Mit Hilfe der Königspartei und der Kirche gelang es Millerand, einst geschworner Feind aller Könige und Pfaffen, schon im ersten Wahlgang durchzudringen.

Die französischen Sozialisten lieferten in den vergangenen Jahrzehnten der Bourgeoisie dank der Zersplitterung und der mangelhaften Disziplin der Bewegung eine große Zahl begabter Renegaten. Jeder junge Streber, der Talent und Fähigkeiten besaß und schnell Karriere machen wollte, begann seine Laufbahn in den sozialistischen Kampfreihen. Die Volkstümlichkeit der sozialistischen Ideen, das Ansehen der Führer in der Oeffentlichkeit kamen ihnen zugute. Unter den Renegaten befinden sich ein Präsident der Republik — Millerand —, zwei Ministerpräsidenten — Briand, Viviani —, viele Minister, Staatssekretäre, Senatoren, Abgeordnete, führende Publizisten usw. Am weitesten hat es jedenfalls Millerand gebracht, allerdings war er auch derjenige, der, um zu seinem Ziel zu gelangen, den schmählichsten Verrat beging. Auch Briand und Viviani sind ihren sozialistischen Prinzipien untreu geworden; sie ließen, wenn es dazu kam, streikende Arbeiter, ohne mit der Wimper zu zucken, niederknallen. Doch der offenen Gegenrevolution haben sie sich noch niemals angeschlossen, sie waren nicht besser, aber auch nicht schlechter als die meisten bürgerlichen Radikalen. Millerand hingegen war und ist das Schulbeispiel des Renegaten, der — ebenso wie Mussolini — im Lager der schlimmsten Feinde der Arbeiterklasse landet.

Millerand erwarb sich seine Sporen und ein Pariser Abgeordnetenmandat als revolutionärer Sozialist. Seine Führerstelle verdankte er der Kampagne, die er gegen Casimir-Perier, den Präsidenten der Republik, führte, der zugleich einer der größten Kapitalisten und Arbeiterschinder Frankreichs war. Die Aktion war von Erfolg begleitet, Casimir-Perier verließ nach sechs Monaten Präsidentschaft fluchtartig den Elyseepalast. Es war eine Ironie des Schicksals, daß den Sieger dieser Kampagne nach dreißig Jahren dasselbe Schicksal ereilte; auch er wurde von den Sozialisten aus der Präsidentschaft hinausgejagt. Im Jahre 1924 führte die Linke den publizistischen Kampf gegen Millerand zumeist mit den Artikeln, die Millerand selber Anno 1894 gegen Casimir-Perier geschrieben hatte.

Nach diesem großen Erfolg war seine Karriere gesichert; und schon begann er seine Rechtsschwenkung vorzubereiten. Als die Dreyfus-Affäre einsetzte, verlangte er, daß sich die Partei in dieser Angelegenheit nicht „kompromittiere“. Als aber dann auf Betreiben Guesdes und Jaures die Sozialisten aller Schattierungen für die Revision des Dreyfus-Prozesses eintraten und diese sich siegreich durchsetzte, wurde auch Millerand eifriger Dreyfusard. Als im Jahre 1899 Waldeck-Rousseau ein Ministerium zur Durchführung eben dieser Revision bildete, bot er das Handelsministerium Millerand an, der es, ohne seine Partei zu befragen, annahm. Es ist noch in Erinnerung, wie lange der Fall Millerand nicht nur die französische Partei, sondern auch die ganze Internationale beschäftigt hat. Es gab damals noch namhafte Sozialisten, die für die Gutgläubigkeit Millerands eintraten. Selbst der Pariser Sozialistenkongreß im Jahre 1900, obzwar er im Prinzip gegen den Ministerialismus Stellung nahm, verurteilte Millerand nicht ausdrücklich. Dieser aber schob sich immer weiter nach rechts, entfernte sich immer mehr von seiner Partei, die ihn endlich — auf Antrag Briands — vor die Tür setzte. Anfangs Feind jeglicher energischen Politik gegen die geistlichen Kongregationen, ließ er sich, als die Trennung des Staates und der Kirche vollzogen wurde, mit der Liquidation der Vermögen der Kongregationen betrauen. Diese Stellung gab ihm einerseits die Möglichkeit, sich zu bereichern, andererseits auf Kosten der Republik den Kongregationen und den Bischöfen vertrauliche und gewichtige Dienste zu erweisen.

Nach 1906 traten zwei weniger kompromittierte Renegaten — Briand und Viviani — in den Vordergrund, Millerands Aktien standen schlecht. Der zähe Mann war aber nach einigen Jahren wieder obenauf und wurde Kriegsminister. Allerdings mußte er das Kriegsministerium schon nach einigen Monaten wieder eiligst verlassen, die allgemeine Empörung fegte ihn hinweg. Unter dem Einfluß des Generalstabes hatte er nämlich Paty du Clam reaktiviert, den Urheber sämtlicher Fälschungen gegen Dreyfus, der dem Kerker nur dank der allgemeinen Amnestie entging.

Als der Krieg kam, begann Millerands Stern wieder zu leuchten. Er bekleidete eine Reihe wichtiger Vertrauensposten nach dem Waffenstillstand wurde er Oberkommissär Elsaß-Lothringens. Bei seinem feierlichen Einzug in Straßburg stand an seiner Seite — Marcel Cachin, heute der Unentwegteste aller Kommunisten, und der Höhepunkt der Rührung war erreicht, als sich Cachin und Millerand, beide mit tränenden Augen, umarmten. Damals war Millerand schon erklärter Vertrauensmann der nationalistischen Reaktion. Im Jahre 1919 kandidierte er auf einer Liste mit Leon Daudet und Maurice Barres. Nun war für ihn der Weg zu den höchsten Würden Frankreichs frei. Im Januar 1920 wurde er Ministerpräsident und nach einigen Monaten Präsident der Republik.

Seine Regierung bezeichnet die schlimmste Periode der Nachkriegszeit. Er stellte sich an die Spitze der Blockade gegen Rußland, er erkannte den Bandenführer Wrangel, der nach einigen Wochen von den Bolschewiken über das Schwarze Meer gejagt wurde, als „rechtmäßige“ russische Regierung an, er trug sich mit dem Plane, nach der Zerreißung Deutschlands eine süddeutsch-österreichische Vorherrschaft aufzurichten, er verbündete sich mit Horthy und unterstützte die Restaurationspläne der Habsburger. Er ließ Ungarn jene rasche „Revision“ des Friedensvertrages anbieten, nach welcher die ungarischen Grenzen vorgeschoben werden sollten: als Entgelt für die Verschacherung der ungarischen Staatsbahnen an das französische Kapital und für Waffenhilfe gegen Rußland war er bereit, Ungarn auf Kosten des tschechoslowakischen „Verbündeten“ zu vergrößern. Diese konterrevolutionären Intrigen, die jetzt wieder aufgedeckt wurden, haben gerade in der letzten Zeit den Namen Millerands in aller Mund gebracht. Seit dem Sturze Mac Mahons hüteten sich die Präsidenten der Republik, sich in die innere Politik über den Kopf der Regierung hinweg einzumischen. Er brach mit dieser Tradition, beorderte die Patriotische Liga, eine faschistische Organisation, zu sich und vor den Wahlen agitierte er in seiner Eigenschaft als Präsident gegen die Linksparteien. Nach dem Siege des Linkskartells im Jahre 1924 wurde seine Lage unhaltbar. Er klammerte sich krampfhaft an seine Stellung, aber vergebens, er mußte weichen, da kein Politiker der neuen Mehrheit gewillt war, von ihm die Betrauung mit der Bildung des Ministeriums anzunehmen, obzwar der Ehrenmann sich verpflichtete, das ganze Programm der Linken zu schlucken. Selbst Poincaree rückte sehr deutlich von ihm ab. Poincaree war immer ein verstockter Nationalist und ein sozialkonservativer Politiker, aber ein Republikaner durch und durch; daher ist es eine historische Ungenauigkeit, ihn mit Millerand in eine Reihe zu stellen. Millerands Freund ist nunmehr Gustav Hervee, der ehemalige Antimilitarist, der jetzt in seinem Käseblatt, das niemand liest und das vom Bankkapital ausgehalten wird, für einen „autoritären“ Sozialismus, das heißt für den Faschismus eintritt.

Der Wiedereintritt Millerands in den Senat bedeutet weder für die Republik noch für die Arbeiterklasse eine Gefahr. Dieser widerliche Renegat hat selbst in den konservativen republikanischen Kreisen ausgespielt. Als Agent der Royalisten ist er wirklich unschädlich.

Die Kommunalwahlen in England

London, im November 1927.

Die Arbeiterpartei hat bei den Kommunalwahlen des Jahres 1924 lediglich 20 Sitze erobert, im Jahre 1925 47, im Jahre 1926 146 und bei den Novemberwahlen dieses Jahres 124. Mit Ausnahme des vorigen Jahres stellen die Gewinne den größten Erfolg dar, den die Arbeiterpartei erzielt hat. Im Gegensatz zur Arbeiterpartei haben die bürgerlichen Parteien, Gruppen und lokalen Wahlkoalitionen schwere Niederlagen erlitten. Die Verluste der Konservativen verhalten sich zu ihren Siegen wie zehn zu eins, die Verluste der Liberalen zu ihren Gewinnen wie drei zu eins. Auch die sogenannten Unabhängigen Kandidaten haben schlecht abgeschnitten, hier stehen 17 neugewonnenen Sitzen 26 verlorene gegenüber. Die Arbeiterpartei geht auf der ganzen Linie als Sieger hervor.

In seinen unmittelbaren praktischen Folgen wird man allerdings angesichts der Tatsache, daß jeweils nur ein Drittel der Sitze in den kommunalen Parlamenten neu gewählt wurde, und angesichts der ungeheuren Anzahl der zur Wahl stehenden Kandidaten, den Sieg nicht überschätzen dürfen. Trotz der gewaltigen Erfolge der letzten beiden Jahre besitzt die Arbeiterpartei, auch nach den Wahlen vom 1. November, erst in 15 Städten und Gemeinden Großbritanniens kommunale Mehrheiten und insbesondere die Verhältnisse in der inneren Stadt London — wo allerdings am 1. November nicht gewählt wurde — sind vom sozialistischen Standpunkt aus noch als recht unerfreulich zu bezeichnen. Zu diesen 15 kommunalen Parlamenten, in denen die Arbeiterpartei die Mehrheit besitzt, kommen freilich noch eine Reihe, zum Teil hochbedeutsamer Städte wie Manchester, Birmingham, Bristol, Cardiff, hinzu, wo die Arbeiterpartei immerhin eine so bedeutende Minorität darstellt, daß nicht einfach über ihre Vertreter hinweg regiert werden kann. Alles in allem genommen, dürfte trotz der großartigen Fortschritte der Einfluß der Arbeiterpartei in den kommunalen Körperschaften noch immer bedeutend geringer sein als etwa in Deutschland, den skandinavischen Ländern und Oesterreich.

So wichtig die einzelnen praktischen Erfolge und Fortschritte sein mögen — die wirkliche Bedeutung des Sieges vom 1. November liegt auf der moralischen Ebene; es ist ein Sieg über Verleumdungen, Entstellungen und ein Sieg des sozialistischen Gedankens. Seit Monaten hatten die Hauptquartiere der beiden großen bürgerlichen Parteien, hatten die lokalen konservativen und liberalen Parteiorganisationen nud ihre Anhängsel die „Gemäßigten“, die „Unabhängigen“, die „Bürgerpartei“ und wie die bürgerlichen neutralen Organisationen alle heißen mögen, einen beispiellosen moralischen Verleumdungsfeldzug gegen die sozialistische Kommunalpolitik geführt. Es wurde ihnen Erhöhung der lokalen Abgaben u. Steuern im Gefolge finanzpolitischer Extravaganz, administrative Unfähigkeit, Feindseligkeit gegenüber dem privaten Unternehmer, unwirtsch. Vergebung von Kontrakten usw vorgeworfen, Vorwürfe, wie sie in sämtlichen Ländern, in denen die Sozialisten um die lokale Macht ringen, gegen die Vertreter der Arbeiterschaft erhoben werden. Die Arbeiterschaft vermochte an der Hand von Statistiken und Aufstellungen diese Vorwürfe nicht nur zu widerlegen, sie konnte außerdem an einer Anzahl von Beispielen nachweisen, daß die existierende sozialistische Mehrheit in Städten und Gemeinden zu einer Herabsetzung der lokalen Abgaben, daß die Eigenproduktion kommunaler Natur dort, wo sie von einer sozialistischen Mehrheit verwirklicht worden sei, zu einer Verringerung, nicht Unternehmergewinnen geführt habe. Aber die Arbeiterpartei ist noch weiter gegangen. Sie hat den Kampf offen im Zeichen des kommunalen Sozialismus geführt: Weitgehendste Ersetzung der nach außen zu vergebenden Kontraktarbeit durch kommunale Eigenproduktion, kommunale Bewirtschaftung der Milch und Kohlenversorgung, möglichste Entziehung aller lebensnotwendigen Dienste aus privater Hand und Ueberführung im gemeinnützige Bewirtschaftung. Der demagogischen Sparparole der bürgerlichen Kandidaten setzte die Arbeiterpartei das Prinzip der sozialen Pflicht und sozialen Dienstleistung der Gemeinde gegenüber. Privatkapitalistisches und gemeinwirtschaftliches Denken standen sich also hier in Großbritannien genau so und mit denselben Argumenten wie bei den kommunalen Wahlen in Berlin und Paris gegenüber. Nur noch um einen Grad schroffer und unvereinbarer, da die bürgerlichen Parteien des Kontinents bei lokalen Wahlen kommunalsozialistische Gedankengänge in ihre privatkapitalistischen Argumente zu mischen pflegen, während ein Teil englischer Kommunalpolitiker konservativer Ueberzeugung noch heute das Prinzip kommunaler Gas- und Elektrizitätsversorgung und kommunaler Verkehrsbewirtschaftung als rotesten Bolschewismus zu betrachten scheint und insbesondere die Vergebung aller kommunalen Arbeiten an private Unternehmer und Firmen für eine gottgewollte Selbstverständlichkeit hält. Die große moralische Bedeutung der kommunalen Siege der Arbeiterpartei liegt in dem völligen Versagen des Versuches der bürgerlichen Parteien, den Kommunalsozialismus als ein bolschewistisches Schreckgespenst hinzustellen.

Unter diesen Umständen ist die Reaktion der Wahl auf die Liberalen, die ganz im Fahrwasser der Konservativen schwammen und in ihren Wahlparolen dort, wo sie überhaupt selbständig auftraten, von den Konservativen kaum zu unterscheiden waren, im höchsten Maße interessant. Wie die Wahlkommentare der großen liberalen Blätter beweisen, schreiben sie ihre Niederlagen in weitem Maße geradezu diesem restlosen Einschwenken in die antisozialistische Einheitsfront zu und empfehlen, in Zukunft jenen Tropfen kommunalsozialistischen Oeles, das sich in der kommunalen Praxis so bewährt hat, auch offen einzugestehen. Sie stellen mit schöner Einstimmigkeit das Scheitern der Methode der bürgerlichen Einheitsfront, der völligen Verwischung konservativer und liberaler Politik im Kampf um die lokalen Parlamente fest und betonen die Notwendigkeit einer von „Kraft und Unternehmungslust getragenen lokalen Verwaltung“. Nichts kann den moralischen Sieg der Arbeiterpartei besser veranschaulichen als solche späte, zu späte Erkenntnis. Kein Zweifel: Die Nation ist des Konservatismus müde und wartet nur auf den Augenblick, Baldwin die Quittung für seine Regierungskunst zu überreichen.

Mit dem Thespiskarren IT 8680 (20|40 PS)

Von Herbert Kranz.

Abreise.

Alle sind rechtzeitig am Bahnhof — der souveräne Graf von Barcelona, die Erbprinzessin, seine Tochter, die beiden Hofdamen, die Prinzen von Urguel und Bearne (jeder mit dem Koffer in der Hand), der Souffleur, der Inspizient, der Regisseur, der Direktor — nur Liselene (bitte in einem Worte), die Naive, ist natürlich noch nicht da.

Die Prinzen fluchen, der Direktor wird blaß, der Fahrtleiter fingert im Fahrplan: „Kann sie mit dem D-Zug noch nachkommen?“ — der Regisseur starrt gedankenvoll auf die große Uhr, wo der Zeiger wie ein Hammer von Minute zu Minute fällt, die Blicke der Damen werden dunkel („das macht sie nur, damit es nach was aussieht“) — der Inspizient rast durch das Gewühl zurück an den Eingang (ein Zweck ist nicht ersichtlich, aber der junge Mann will eingreifen, eingreifen) — es sind noch drei Minuten, die Empörung wird laut — nur der schwere Held steht ruhig und mit Genuß seine Brasil rauchend.

Mit einem Male ist sie da, die Liselene, lächelnd, gepudert, ein wenig Rot auf den Lippen. „Gott, ist es schon so spät?“

„Sie haben eine Viertelstunde vor Abgang des Zuges am Bahnhof zu sein, das steht in Ihrem Kontrakt!“ — der Fahrtleiter brüllt es beinah.

„Ist der Zug denn schon weg?“ fragte Liselene, wie alle Naiven des Theaters ist sie im Theater des Lebens alles andere als naiv. Keiner antwortet, alle rennen. In den Zug! Wir sind drin. Die Vorstellung heute ist gerettet.

Bahnfahrt.

Draußen die Landschaft dreht vorüber, nur die blauen Berge am Horizont scheinen zu ruhen. Der Direktor hat das Spielplanbuch auf den Knien, wo er nach monatelanger Vorarbeit endlich hinter jedem Datum einen Spielort hat schreiben können. In Gedanken geht er — zum wievielten Male? — die kommende Reise noch einmal durch: „Werden die Städte die Abmachungen halten können? Wird unser Lastauto auch immer zur Stelle sein? Wird mir auch keiner krank? Und vor allem: das Auto — das Auto! Die Kurbelwelle ist neu, die Reifen sind neu, Kosten über Kosten, man sollte doch meinen — jedenfalls darf keine Vorstellung ausfallen —.“

„Werde ich auch Proben genug haben für das nächste Stück?“ denkt der Regisseur. „Und wenn ich nur immer einen geheizten Raum zum Probieren bekomme.“

Die Landwirtschaft draußen dreht vorüber und nur die blauen Berge am Horizont scheinen immer noch zu ruhen. Spricht da die gewichtige Stimme des Direktors: „Die Wanderbühne ist die Stätte im Theaterleben der Gegenwart, die noch eine Mission hat.“

Plötzlich werfen alle die Karten hin und die Zeitungen und der Disput bricht ab. „Das Auto! Das Auto!“

Alles drängt an die Fenster; richtig, da fährt es — das graue Lastauto mit seinem vier Meter langen Anhänger, unser Thespiskarren, in dem die ganze Herrlichkeit des Abends mit ihren bemalten Wänden, Vorhängen und Möbeln und Kostümen durch das ahnungslose Land rattert.

Intermezzo.

Nu sähn Se, das hab' 'ch mir doch gleich gedacht, wie ich in das Guhpee stiech: das ist doch e Ginstlervölkchen! Ich hab Se nämlich ooch mal auf den weltbedeitenden Brettern gestanden! Mein Name is Gottlieb Aemil Schippe aus Bärne —“

„Nu ja, aus Bärne —“

„Ach, Sie meinen aus Pirna?“

„Nu ja, ich bin äben aus Sachsn, aber das heert mir keener mehr an Gott sei Dank. Ich reise jetzt in Barfimerien — Gott, was will man machen, nich wahr? — Aber frieher, wie gesagt, da war ich ooch an der Bühne und gespielt habe ich, kann ich Ihnen sagen, das hat bloß so jeroocht! Un wissen Sie, was meine scheenste Rolle war und wo ich ooch den mehrschten Erfolch mit hadde? Des is der Hohlefernes gewäsen, Sie wissen doch, von Hebelln der. Nu, was kucken Se denn so? Ach, Se meenen wohl, weil ich so'n bißchen gleene bin und ooch ne schiefe Schulter hab? Ich will Se was sagen, meen Bester: ich hab'n äben mehr als den geistigen Riesen gespielt.“

Im Spielort.

Außer uns steigen im wesentlichen Frauen mit großen Kiepen aus.

Die Mitglieder schlendern in die Quartiere; der Spielleiter rast zum Spiellokal. Wahrhaftig: kein Auto! In der Turnhalle nur die vierhundert leeren Stühle. Zwei kleine Löcher das sind die Garderoben Die Bühne? Ein nacktes Bretterpodium von zehn mal acht Metern. Sonst nichts. Ich stehe allein. In drei Stunden soll die Vorstellung anfangen! Der Fahrtleiter kommt, die Windjacke weht — er hat telephoniert, was der Draht hielt, und nichts erfahren. Eine Panne? Ein Unglück?! In zweieinhalb Stunden soll die Vorstellung anfangen! — Da: Geratter, Lärm — das Auto ist da!

Die fünf Techniker fassen zu — Wände laufen, ein Wald rast vorüber und wird an die Mauer gestellt, Thronsessel, Kisten, Hocker Stangen, Körbe bekommen Beine. Der Beleuchter schleppt

seinen Stolz, seinen Augapfel, den selbstgebauten Schaltschrank, darin Nacht und Morgen, Hell und Dunkel, Sonne und Mond — alles auf prima Widerständen; der Garderobier packt seine Körbe aus, und auf der Bühne stehen schon die großen Eisenreckstangen im Geviert, acht Meter hoch, und auf den Leitern hängen die beiden Tapezierer, den Mund voller Nägel, und hämmern am ersten Vorhangzug. In einer Stunde fängt die Vorstellung an: ja es wird gehen. Der Hauptvorhang ist fertig, die Soffitten, die roten Vorhänge des Hintergrundes sind's auch, nun noch die gelben — Vorhang zu. —

— — und wie die ersten Leute kommen, eine halbe Stunde vor Anfang der Vorstellung, da ahnen sie nichts mehr von der Unruhe, der Hast und der Hetze: in feierlichen Falten, ruhig und ernst, sehen sie den Vorhang hängen ,und voll Erwartung sitzen sie vor einer anderen Welt. In zehn Minuten fängt es an. Der Inspizient fiebert nach seinen Requisiten.

Verzauberung.

„Bühne frei! Saal dunkel?"
„Ja!"
„Achtung!" Gong. Vorhang auf.
„Der Ruf der Feste hat mich hergeführt,
Die Barcelona weitberühmt gemacht:
O schöner Tag! O vielmals schönre Nacht!"

Wo sind wir? Wo ist das Podium, zehn mal acht, aus nackten Brettern? Verschwunden; über ihm schwebt eine Welt aus Farben und Licht. — Von dem dunklen Rot heben Bogen sich golden ab, und ein zartes Gelb zu beiden Seiten, sanft geschwungen, nimmt jede Schwere fort. Wo ist das Unerträgliche des Leides? Verschwunden: im Schein aus dem Schaltschrank, über dessen Werklampe der Beleuchter seine speckige Mütze gehängt hat, damit kein falsches Licht auf die Bühne fällt — im Schein dieses lichten Traumes wird Leid zu Lust, und selbst das Schicksal befreit zur ewig schönen Form.

Und wo sind die Menschen aus der Bahn — die Skatspieler, die unruhig Begeisterten und die so schnell Verzweifelten, die Frauen, die heute hassen, wen sie gestern liebten, und die morgen verachten, was sie heute himmlisch finden? Verschwunden im Zauber verwandelter Gestalten, und Worte schwingen und schweben aus ihnen so rein und so tief, als klage und juble die unschuldige Kreatur. Für einen Augenblick vielleicht nur — aber es ist der Augenblick, für den sie leben . . .

Nocturno.

Zwei Lampen brennen noch im Saal. Wirres Durcheinander der Stühle. Die Türen klaffen — die Kälte zieht herein. Der Beleuchter hustet, daß es einem selbst weh tut in der Brust. Die Bühne ist ein nacktes Bretterpodium von zehn mal acht Metern. Der Garderobier packt seine Körbe ein. Wände werden geschleppt, ein Wald wird fluchend abserviert und ins Auto geschoben, Stangen, Hocker, Kisten, Kasten, Thronsessel wandern aus einer müden Hand in die andere: „Verdammter Zimmober!"

Drei Wochen wird es so gehen: einundzwanzigmal ausladen und aufbauen, und abbauen und wieder verladen — einundzwanzigmal, und dann das nächste Stück und immer so weiter.

„Junge, Junge," sagt der Bühnenmeister und schüttelt mit dem Kopf, „vier Jahre lang machste das nun schon mit!"

„Mach dich nicht wichtig, Theo," antwortet ihm der Chauffeur, der gerade unter das Auto kriechen will. „Und so'n Eisbeen, so freß wie heute abend, für eene Mark, und noch mit Bratkartoffeln, dat kannste sonstwo suchen."

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 **Breslau Welle 322,6.**

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Sonnabend, den 12. November 1927. 15,45—16,30: Stunde mit Büchern. 16,30—18: Unterhaltungskonzert. 18: Abt. Schulwesen. 18,30—18,55: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule. Abt. Sprachkurse. 18,55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. 19—19,30: Hans Bredow-Schule: Abt. Kulturgeschichte. 19,30—20: Hans Bredow-Schule: Abt. Sprachkurse. 20,10: Aus der schläs'schen Heemte. 21—22: Uebertragung aus dem Admiralspalast Hindenburg: Unterhaltungskonzert.

Mailand — Welle 315,8.

Sonnabend. 17: Wie Dienstag. 20,45: Radiotechnischer Vortrag. 21: „Marcella", Oper von Giordano. Stefani-Nachrichten. Anderes Programm wie Montag.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Sonnabend. 10.45: Konzert der Wiener Philharmoniker. 16: Nachmittagskonzert. 18.30: Kammerabend. 19,45: Wilhelm Tell.

Mitteilungen
des Bundes für Arbeiterbildung

Zalenze. Am 11. November, abends 7 Uhr, findet ein Vortrag über Gewerkschaftsbewegung und Klassenkampf im Golczykschen Saale statt. Referent: Buchwald. — Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Nickischschacht-Gieschewald. Am Sonntag, den 13. November, nachm. 3 Uhr, findet beim Herrn Knosalla, Nickischschacht, der erste diesjährige Vortrag des Bundes für Arbeiterbildung über „Werden und Vergehen" statt. Referent: Genosse Staschek. Die Frauen und die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes sind hierzu eingeladen.

Versammlungskalender

Groß-Kattowitz. D. S. A. P. Die Mitgliederversammlung findet am Freitag, den 11. November, abends 7 Uhr, im Zentralhotel statt. Tagesordnung: Stellungnahme zur kommissarischen Stadtvertretung. Referent: Genosse Dr. Wolff, Korreferent Gen. Hanisch. Vollzähliges Erscheinen erforderlich.

Kattowitz. D. M. V. Am Sonntag, den 13. November, vormittags 10 Uhr, findet im Zentralhotel, Katowice, eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Referat des Kollegen Kandziora über „Die Verschmelzung der Krankenkassen". 2. Verschiedenes. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist Ehrenpflicht.

Kattowitz. Arbeiterwohlfahrt. Am Sonntag, den 13. November, nachmittags 5 Uhr, findet im Zentralhotel eine Mitgliederversammlung der „Arbeiterwohlfahrt" statt, zu welcher wir alle Genossen und Genossinnen einladen. Referent ist Genosse Bürgermeister L u k o s - Alt-Bielitz. Sorget für einen guten Besuch.

Laurahütte. Bergarbeiter. Am Sonntag, den 13. November, vormittags 9½ Uhr, findet beim Herrn Kosdon eine Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes statt. Referent zur Stelle.

Michalkowitz. Bergarbeiter. Am Sonntag. den 13. November, nachmittags 4 Uhr, findet im früher Perzykschen Saale eine Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes statt. Referent zur Stelle.

Königshütte. Am Freitag, den 11. November, abends 7½ Uhr, findet im Konferenzzimmer eine wichtige Sitzung der Vorstände der D. S. A. P., Arbeiterwohlfahrt und des Ortsausschusses statt. Infolge der Wichtigkeit dieser Sitzung wird um vollzähliges und pünktliches Erscheinen ersucht.

Königshütte. Freie Bildungsgemeinschaft. Sonnabend, den 12. November, abends 8 Uhr, findet die Sitzung der Freien Bildungsgemeinschaft statt, zu welcher Genosse Buchwald als Referent erscheint. Wir bitten um pünktliches und zahlreiches Erscheinen.

Emanuelssegen. Bergarbeiter. Am Sonntag, den 13. Nov., nachm. 4 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes statt. Lokal wie immer. Referent zur Stelle.

Nikolai. D. S. A. P. Am Sonntag, den 13. November, vorm. 9½ Uhr, findet die fällige Parteiversammlung der D. S. A. P. statt. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird dringend ersucht, da auf der Tagesordnung wichtige Sachen zur Besprechung sind. Ref. Gen. Matzke.

Nikolai. Freie Sänger. Am Sonntag, den 13. November, findet um 4½ Uhr nachm., eine Uebungsstunde statt, unter Leitung des Herrn Studienrat Birkner.

Vermischte Nachrichten

Von der Lebensdauer des Pelzes.

Ein Fachmann weiß zu berichten.

Der dauerhafteste aller Pelze ist die Seeotter, heute eine Seltenheit. Das Fell der Seeotter hält sich hundert Jahre. Da ein Mantel aus Seeotterfell heute zu den schwer zu befriedigenden Wünschen gehört, so wird sich die Frau, die etwas Dauerhaftes haben will und immerhin das nötige Geld hat, mit einem Biberpelz begnügen müssen. Das Fell des Bibers wird nämlich auf eine Lebenszeit von etwa 90 Jahren geschätzt, hält also nach der Seeottter am längsten. Der Biber ist wegen seiner Seltenheit heute auch sehr kostbar, aber Nutria, das Fell des südamerikanischen Bibers, ist weniger kostbar und hält fast ebenso lange wie das des Bibers. Biber und Nutria verändern ihre Farbe auch nicht, wenn sie lange der Sonne ausgesetzt werden und lassen sich vortrefflich reinigen. Diejenigen Pelze, die in bezug auf Dauerhaftigkeit danach kommen, sind Nerz, Marder und Skunks; man kann ihnen eine Lebensdauer von etwa 70 Jahren zumessen. Nerz ist ein besonderer Liebling der gegenwärtigen Mode und hat die Stelle des kaum noch erschwinglichen Zobels eingenommen, dem es bisweilen ähnelt. Die Moschusratte liefert ein Fell, das etwa 45 Jahre hält; dieser Pelz ist heute sehr beliebt; er muß eine dunkelbraune Färbung haben und keine dünnen Stellen aufweisen, wenn er dauerhaft sein soll. Auch der Fuchs liefert einen guten Pelz, der etwa 40 Jahre lang getragen werden kann. Freilich wird uns Fuchspelz heut in so vielen Verarbeitungen und Farben angeboten, daß man ihn kaum noch erkennen kann. Sehr gut trägt sich der Persianer, der von dem persischen Lamm herstammt. Das Fell des Opposums, das von echtem Skunks durch seinen Geruch und Glanz unterschieden werden kann, hält etwa 35 Jahre, Hermelin nur 25; Ziegen- und Chinchillafell haben eine Lebensdauer von etwa 15 Jahren. Das weiche und leichte Eichhörnchenfell hält lange, wenn es auch bald seine Weichheit verliert und an den Ecken abgestoßen wird. Maulwurffell, das hübsch und billig ist, wird zwar gern getragen, hält sich aber schlecht. Kaninchen hat eine Haltbarkeit von etwa 5 Jahren; es wird heute unter allen möglichen Bezeichnungen angeboten. Man sollte aber stets bei solchen Phantasienamen darauf dringen, daß der Verkäufer die wahre Beschaffenheit des Pelzes nennt.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: J o s e f H e l m r i c h, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton R z y t t k i, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse" Sp. z ogr oap., Katowice; Druck: „Vita", nakład drukarski, Sp z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Werbet ständig neue Leser für unsere Zeitung!